bürgerAktiv

2019

DAS MAGAZIN DER STIFTUNG AKTIVE BÜRGERSCHAFT

Bürokratie – Wie Vorschriften das Engagement behindern

Wachsen – Wie die Organisation mit den Projekten Schritt hält

Demokratie – Wie Engagierte sich den Rücken stärken

bürgerAktiv

Nachrichtendienst Bürgergesellschaft

Alles,

Immer Bescheid wissen

Ereignisse und Entwicklungen rund um das bürgerschaftliche Engagement – regional, national, international ¶ Aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Medien

was

Lesen

Jeden Monat lesen ¶ Kostenlos und unverbindlich abonnieren

wichtig

Mehr als 5555 Meldungen aus über 200 Ausgaben im Online-Archiv

Nachlesen

ist

www.aktive-buergerschaft.de/buergeraktiv ¶ Stiftung Aktive Bürgerschaft

Liebe Leserin, lieber Leser,

Das Cover zeigt Schülerinnen des Elisabeth-Lüders-Berufskollegs in Hamm bei den Vorbereitungen zu einer Fotoaktion im September 2018. Anlass: Die Zahl der Schüler, die bei sozialgenial mitmachen, hat die 100.000 überschritten.

wie wichtig bürgerschaftliches Engagement für die Demokratie ist, wird häufig und laut beschworen. Wir können das aus unserer Arbeit mit denen, die sich vor Ort dafür einsetzen, bestätigen. Seien es Schüler in Darmstadt, die sich mit Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzen (Seite 28), seien es Bürgerstiftungen wie in Aachen, die Mitbürgern den Rücken stärken, wenn sie Populismus und Extremismus entgegentreten (Seite 42). Oder seien es Schüler in Möhnesee, die in die Kommunalpolitik eingreifen (Seite 46): Im lokalen Engagement wird greifbar, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält.

Hinter den Kulissen wächst mit dem Erfolg von Engagement allerdings auch der Aufwand, die Projekte gut zu organisieren. Für immer mehr Bürgerstiftungen steht im Raum, hauptamtliche Beschäftigte zur Entlastung einzustellen. Denn je mehr Geld zur Verfügung steht, desto zeitraubender wird die Administration. Verwalten statt engagieren, heißt es vielerorts (Seite 24). Unser Bürokratiebarometer bestätigt (leider) diesen Trend (Seite 8). Wie soll das weitergehen? Dazu haben wir den Chef des Bundeskanzleramts, Prof. Dr. Helge Braun, befragt. Er hält Bürokratie trotz allem für notwendig, sagt er im bürgerAktiv-Interview (Seite 14). Die Belastung will er aber reduzieren, etwa durch standardisierte Verfahren und digitale Vorlagen.

Ob Sie vor oder hinter den Kulissen tätig sind, wir hoffen, Sie finden nützliche Anregungen und Informationen im bürgerAktiv Magazin und wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Dr. Peter Hanker
Vorstandsvorsitzender der
Stiftung Aktive Bürgerschaft

Dr. Stefan Nährlich
Geschäftsführer der
Stiftung Aktive Bürgerschaft

Gudrun Sonnenberg
Redaktionsleiterin
bürgerAktiv

Die gemeinnützige Stiftung Aktive Bürgerschaft ist das Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Sie steht unter der Schirmherrschaft des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen nachhaltig stärken. Unsere Schwerpunkte liegen auf der bundesweiten Förderung von Bürgerstiftungen und Service Learning in nordrhein-westfälischen und hessischen Schulen.

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

STIFTUNG AKTIVE BÜRGERSCHAFT

FOTOS: Andreas Bender (links), Julia Gross / Aktive Bürgerschaft (rechts). TITELSEITE: Ralf Emmerich / Aktive Bürgerschaft

Inhalt

14
„Ein Gesetz könnte helfen“

24
Zaubern oder investieren

Bürokratie

8 **Der Aufwand steigt**
Im Engagement geht mehr als die Hälfte der Zeit für Administration drauf, zeigen das Bürokratie-Barometer der Aktiven Bürgerschaft und Einschätzungen von Bürgerstiftungsvorständen

13 **„Was abgucken“**
Stiftungsberaterin Susanne Kessen rät zu Pragmatismus

14 **„Ein Ehrenamtsgesetz könnte helfen“**
Kanzleramtsminister Helge Braun im bürgerAktiv-Interview über Bürokratieabbau

20 **Welten trennen – Endlich anfangen**
Tanja Klenk und Rudolf Speth über die Agenden von Zivilgesellschaft und Staat beim Bürokratieabbau

Wachsen

24 **Zaubern oder investieren**
Wann und wie Bürgerstiftungen den Sprung zum Hauptamt wagen und Mitarbeiter einstellen

28 **Weitersagen**
Schüler in Darmstadt forschen im Unterricht über Opfer der Nationalsozialisten. Was sie herausfinden, machen sie in der Stadt sichtbar

33 **Poster: sozialgenial – Aus der Schule in die Stadt**
Schülerinnen und Schüler engagieren sich im Umfeld ihrer Schule

FOTOS LINKE SEITE: Caroline Pitzke / Aktive Bürgerschaft, Bürgerstiftung Weinheim. RECHTE SEITE: Annika Mühlhäuser, Andreas Herrmann / www.medien-aachen.de

37 **„Inhalte besser vermitteln“**
Warum sich Engagementprojekte sehr lohnen, erklärt die Lehrerin Marita Menne

38 **Unbedingt erhalten**
Die Bürgerstiftung Lörrach hat ein historisches Gebäude gekauft und saniert, um den Weiterbetrieb eines Schülercafés zu ermöglichen

Demokratie

42 **Das gleiche Ziel**
Was die Bürgerstiftungen in Aachen und Barnim Uckermark in ihren Regionen für die Demokratie tun

46 **Endlich im Trockenen**
Schüler in Möhnesee setzen sich für Verbesserungen in der Gemeinde ein und lernen dabei die Spielregeln der Demokratie

49 **Vereinte Kräfte**
Gastkommentar von Bernhard Weßels über Zivilgesellschaft und Demokratie

50 **Austauschen, netzwerken**
Was war los bei der Aktiven Bürgerschaft

52 **Jahresbericht 2018**
Zehn Punkte zur Transparenz über die Stiftung Aktive Bürgerschaft
Fünf Punkte zur Arbeit und Wirkung der Stiftung Aktive Bürgerschaft

66 **Informieren – Impressum**

28
Weitersagen

42
Das gleiche Ziel

Bürokratie

Viele Vorschriften und immer neue Regelungen belasten das ehrenamtliche Engagement. So schrumpft die Zeit, um die eigentlichen Ziele zu erreichen. Gefragt sind gutes Management und bessere Rahmenbedingungen.

FOTO: StockPhotoPro / Adobe Stock

FOTO: Harry Huber / 123rf.com

RECHNEN, DOKUMENTIEREN, PRÜFEN

Der Aufwand steigt

So ist es eigentlich nicht gedacht: Im Engagement geht mehr als die Hälfte der Zeit für Bürokratie drauf. Das hat das Bürokratie-Barometer der Aktiven Bürgerschaft zutage gefördert.

Etwas Schönes kaufen und damit Gutes tun: Diese Kombination gefällt vielen Menschen gut, und deshalb machen gemeinnützige Vereine und Stiftungen gerne entsprechende Angebote. Sei es der Adventskalender, dessen Erlöse in Projekte für Kinder aus armen Familien fließen, sei es der Bürgerbrunch, dessen Eintrittsgeld nicht nur einen geselligen Vormittag, sondern auch einen Beitrag für ein Antidrogenprojekt oder den Förderverein der Musikschule verspricht. Doch Vorsicht: Mit den Begünstigten freut sich zugleich das Finanzamt, denn auf die Einnahmen solcher Aktionen ist in der Regel Umsatzsteuer zu zahlen. Das Steuerrecht ist kompliziert und wenn die Verantwortlichen im Verein sich nicht auskennen und die Einnahmen komplett weiterspenden, droht ein böses Erwachen. Sobald die fiskalische Forderung eintrifft, ist sie aus den vereinseigenen Mitteln zu begleichen und ein Loch in die Kasse gerissen.

Man muss Bescheid wissen: Das gilt für viele Bereiche. Etwa für die Frage, wann die Körperschaftssteuer anfällt. Oder dafür, dass eine Spende zeitnah verwendet werden muss. Wer eine Stiftung managt, muss einen Jahresabschluss und einen Jahresbericht vorlegen, Gremienprotokolle und Steuererklärung erstellen, Betriebsprüfungen bewältigen, Buchhaltung führen, Spendenbescheinigungen ausstellen, die Verwendung von Fördermitteln nachweisen, die Vorschriften im Datenschutz einhalten, sich mit dem Transparenzregister auskennen. Ganz zu schweigen vom Dauerbrenner Abgabenordnung mit ihrem Katalog der gemeinnützigen Zwecke, für die Spenden steuerlich geltend gemacht werden können. Und deren Kenntnis dann immer noch nicht vor Pleiten schützt: Wer beispielsweise andere beim Erreichen gemeinnütziger Zwecke fördert, aber selbst nicht unmittelbar dafür tätig ist, kann sich die Sache mit der Gemeinnützigkeit abschminken.

Niemand glaubt an Besserung

Wie viel Zeit es Bürgerstiftungsvorstände und -geschäftsführer kostet, sich schlau zu machen, fragte im Sommer 2019 die Aktive Bürgerschaft für ihr Bürokratie-Barometer 2019. Ergebnis: Bis zu zwei Drittel ihrer Engagementzeit geht für die Bürokratie drauf. Im Durchschnitt widmen sie die Hälfte ihrer Zeit der Erfüllung bürokratischer Vorschriften. Und die Tendenz ist steigend: Mehr als zwei Drittel der ehrenamtlichen Vorstände und Geschäftsführer sagten, der Aufwand sei in den letzten fünf Jahren gestiegen, und zwei Drittel sind es auch, die erwarten, dass der Bürokratieaufwand im Ehrenamt in den kommenden fünf Jahren weiter steigen wird. Die anderen rechnen mit Kontinuität. Dass der Aufwand sinken wird, wagte keiner der Befragten zu hoffen.

Doppelte Missachtung

Trotz des relativ hohen Zeitaufwands, den die meisten Vorstände und Geschäftsführer als belastend empfinden, hält sich der Ärger in ▷

Das Barometer

Die Stiftung Aktive Bürgerschaft befragte im Mai 2019 ehrenamtliche Vorstandsmitglieder sowie haupt- und ehrenamtliche Geschäftsführer der Bürgerstiftungen in Deutschland. 139 von ihnen gaben Auskunft über ihre Bürokratie-Belastung.

Mehr zu den Ergebnissen und Methodik im Bürokratie-Barometer Bürgerstiftungen 2019:

https://tinyurl.com/yykffqmm

„Jeder Politiker, der bei einer Entscheidung mitgewirkt hat, sollte die von ihm mitbeschlossene Vorschrift selbst mindestens dreimal (und zwar alleine) bearbeiten und ausfüllen beziehungweise jemandem richtig erklären können. Danach wird von einem Dritten beurteilt, ob er es verstanden hat und richtig umsetzen konnte."

Vorstand einer Bürgerstiftung im Bürokratie-Barometer

▷ Grenzen. Mehr als die Hälfte der Befragten akzeptiert, dass die staatliche Bürokratie auch Gemeinnützige trifft. Allerdings empfindet ein Drittel der Befragten das Ausmaß an Bürokratie als Missachtung ehrenamtlichen Engagements.

Tatsächlich erweist der Staat ausgerechnet an dieser Stelle jenen Bürgerstiftungen einen schlechten Dienst, die sich bemühen, die Folgen der Bürokratiebelastung für Stifter und Engagierte abzumildern. Diese Stifter können sich mit einer Treuhandstiftung oder einem Stiftungsfonds unter das Dach der Bürgerstiftung begeben, die ihnen die Verwaltung dann abnimmt. Die Stifterin oder der Stifter kann sich dann auf die inhaltlichen Aspekte ihres oder seines Engagements konzentrieren und muss sich um die Administration nicht kümmern. Gleiches gilt für Zeitstifter, die eine Projektidee haben und dafür keinen eigenen Verein gründen wollen. Für die Bürgerstiftung wiederum erfüllt sich der Zweck, Engagement zu fördern. Belohnt wird das allerdings nicht: Für die Verwaltungskosten, die bei der Bürgerstiftung anfallen, kann sie gezielt keine Spenden einwerben, da sie nicht durch die Abgabenordnung begünstigt sind. Eine Spende hierfür kann also vom Spender nicht abgesetzt werden.

Als Missachtung ihrer Anstrengungen erlebte eine westdeutsche Bürgerstiftung auch den staatlichen Umgang mit ihren Bemühungen, eine Struktur in der Stadt zu schaffen, die eine spannungsfreie Aufnahme der vielen geflüchteten Menschen ermöglichte. Die Bürgerstiftung organisierte einen Runden Tisch, an dem alle Initiativen und Einrichtungen ihre Aktivitäten abstimmen konnten. Ein Erfolg, deshalb legte die Stadt Wert darauf, diese Struktur auch über die Arbeit mit den Geflüchteten hinaus aufrechtzuerhalten. Doch steuerlich blieb die Wertschätzung aus: Seit 2019 bleibt die Bürgerstiftung voll auf den Kosten sitzen, nachdem zum 31. Dezember 2018 die steuerrechtlichen Sonderregelungen beim Engagement für Geflüchtete ausgelaufen sind (dazu gehörte unter anderem die Berechtigung, unabhängig vom eigentlichen Satzungszweck Spenden für Geflüchtete zu sammeln und zu verwenden).

GRAFIK: Ayşe Gökmenoğlu

Hitliste und Wünsche

Den meisten Ärger verursacht auch ein Jahr nach ihrer Einführung noch die Datenschutzgrundverordnung. Auf ihren Fersen befindet sich in der Hitliste der Bürokratiebelastung das Finanzamt beziehungsweise Steuerfragen. In beiden Bereichen leiden Gemeinnützige darunter, dass für sie die gleichen Regelungen gelten wie für Unternehmen, ohne dass sie die Kapazitäten gewerblicher Betriebe haben, um die Anforderungen zu erfüllen. Deshalb wünschen sie sich generell mehr Sonderregelungen und mehr Spielräume für gemeinnützige Organisationen, wenn es um Vorschriften zum Datenschutz, aber auch beim Gemeinnützigkeitsrecht geht. Je komplizierter die rechtlichen Rahmenbedingungen seien, desto schwerer ließen sich Ehrenamtliche finden, die Verantwortung übernehmen wollten, hieß es. Hier möchten Bürgerstiftungen entlastet werden. Dazu gehört, die Verwaltungssprache zu vereinfachen und telefonische Hilfe etwa beim Ausfüllen von Anträgen bereitzustellen. Im Bürokratie-Barometer 2019 wurden unter anderem auch höhere Umsatzsteuerfreibeträge, mehr zeitlicher Spielraum für die Mittelverwendung und Änderungen bei der Körperschaftssteuer gefordert. Die Befragten kritisierten, dass Ehrenamtliche wie Gewerbetreibende behandelt würden. Ein Vorstandsvorsitzender aus Niedersachsen brachte es so auf den Punkt: „Die Politik muss das Ehrenamt steuerlich und von den komplizierten Einschränkungen befreien. Entbürokratisierung bedeutet Vereinfachung der Arbeit.“ □

Dr. Stefan Nährlich

„Alle unter einen Hut bringen“

Dieter Neth, BürgerStiftung Mössingen,
Vorstandsvorsitzender seit 1. Januar 2018

„Die wesentliche Aufgabe im Bürgerstiftungsvorstand ist, alle mit ihren guten Ideen und Aktivitäten unter einen Hut zu bringen, sodass die Bürgerstiftung ein erkennbares Profil hat. Es ist wichtig, alle zu überzeugen. Das ist ein gewisser Aufwand. Die größte Herausforderung für mich im ersten halben Jahr als Vorstandsvorsitzender war, die Organisation der Bürgerstiftung zu strukturieren, übersichtliche Ordner anzulegen, Prozesse zu digitalisieren und zu automatisieren. Administrative Angelegenheiten wie Datenschutz, Projektkoordination, Fördergelder beantragen oder Öffentlichkeitsarbeit beanspruchen etwa 15 bis 20 Stunden pro Woche im Vorstand. Die Prozesse zu automatisieren, hat sich jedoch gelohnt. Seither finden wir besser Zeit für die eigentlichen Vorstandsaufgaben. Zum Beispiel, Spender und Stifter anzuwerben. Ich kommuniziere viel. Man muss sich als Bürgerstiftung auch zeigen, wenn man wahrgenommen werden will.“

„Die Planung liegt bei mir“

Barbara Albrethsen-Keck, Bürgerstiftung Jena,
Vorstandsvorsitzende seit 1. Januar 2019

„Wir müssen neue Stifter und Spender gewinnen und die Beziehungen zu denen, die wir bereits haben, besser pflegen: Das sehe ich derzeit als unsere größte Herausforderung. Wie bekommen wir Kontakt zu den Leuten, die vielleicht spenden würden oder stiften? Für mich in meiner neuen Tätigkeit als Vorstandsvorsitzende bedeutet das, im Blick zu haben, wem man zum Geburtstag gratuliert, wann welches Anschreiben rausgeht. Wie oft schreibt man Leute an, und aus welchem Anlass? Uns fehlen noch Routinen im Vorstand, stelle ich fest. Zum Beispiel, wer wann auf welche Daten zugreift. Wir haben hauptamtliche Mitarbeiter in der Stiftung, aber sie sind für die geförderten Projekte zuständig – etwa für die Freiwilligenagentur – nicht für die Verwaltung der Stiftung. Ich bekomme Unterstützung, zum Beispiel, um Einladungen rauszuschicken. Die Planung liegt aber trotzdem bei mir. Den Vorstandsvorsitz habe ich aus der Stellvertretung heraus übernommen, nachdem unser Vorstand aus familiären Gründen zurücktrat. Meine ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten ist nach wie vor meine Haupttätigkeit in der Bürgerstiftung.“

„Realsatire, aber ich bleibe entspannt“

Holger Neuholz, Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung
Bienenbüttel seit 1. Januar 2018

„Bienenbüttel ist eine Einheitsgemeinde mit 8.000 Einwohnern und wir sind eine kleine Bürgerstiftung. Deshalb ist die Administration überschaubar. Wir profitieren von der beruflichen Fachkompetenz und Erfahrung unseres Finanzvorstands. Was ich als größte Herausforderung sehe, sind organisatorische Dinge. Zum Beispiel unser Bürgerfrühstück zu veranstalten, in dem wir neu zugezogene Bienenbütteler auf uns aufmerksam machen, die vielleicht einmal Zustifter werden. Das Frühstück wiederum finanzieren wir aus Spenden. Das macht alles einiges an Arbeit. Und das eingeworbene Geld wieder auszugeben, klingt auch einfacher, als es manchmal ist. Da kaufen wir zum Beispiel Schaukelpferde für einen Spielplatz oder geben den Kindergärten Geld, beispielsweise dem Waldkindergarten für einen Wohnwagenausbau – und dann können die Sachen nicht pünktlich aufgestellt werden, weil bei den Empfängern die entsprechenden Bauprojekte nicht rechtzeitig fertig werden. Dann heißt es aufzupassen und die Spenden trotzdem zu übergeben, da wir ja fristgerecht unsere Mittel verteilen müssen. Solche Vorschriften oder auch die Datenschutzgrundverordnung grenzen im Grunde an Realsatire. Ich mache mich aber nicht verrückt deswegen und bleibe ganz entspannt.“

„Satzungszwecke im Blick behalten“

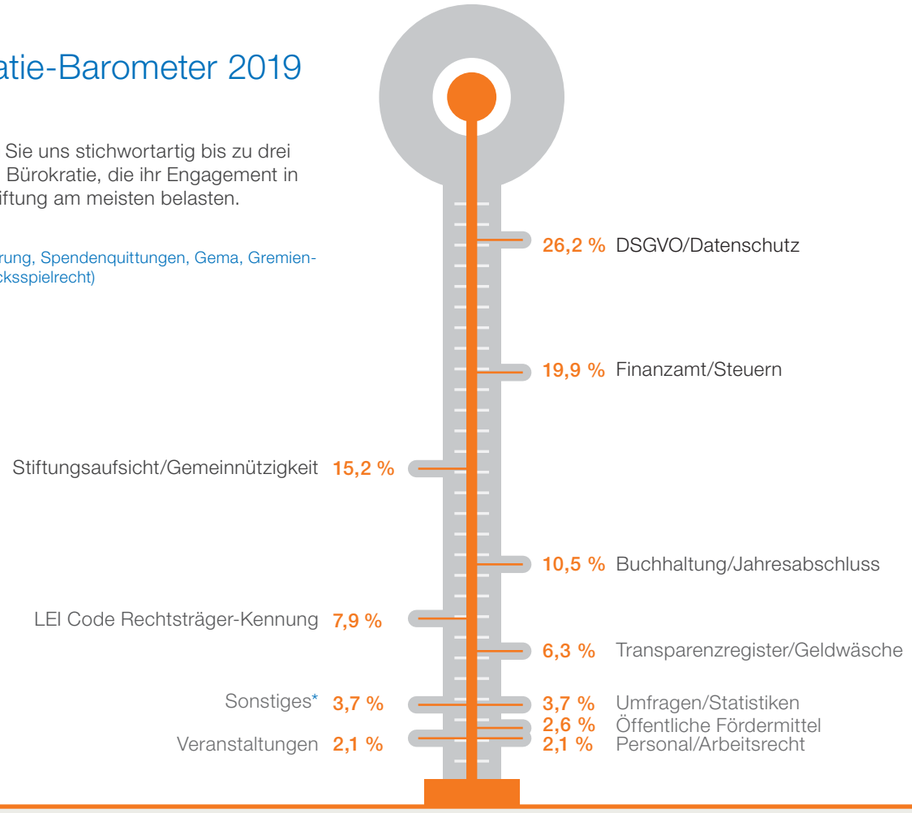
Bärbel Kremers-Gerads, Bürgerstiftung Neuss – Bü.NE,
Vorstandsvorsitzende seit 1. Januar 2019

„Die Bürgerstiftung Neuss Bü.NE ist breit aufgestellt. Ich habe gelernt, dass es deshalb wichtig und gesetzliche Pflicht ist, die Satzungszwecke im Blick zu behalten. Das ist die wichtigste Herausforderung für mich. Sie beinhaltet, Kontakte zu den Projekten zu halten, denen wir Förderung gegeben haben. Ich mache persönliche Besuche bei den Förderprojekten, um zu sehen, was mit dem Geld passiert und ob das unseren Förderrichtlinien entspricht. Aber auch, um die Projekte weiterzuentwickeln. Bei uns treffen täglich Förderanträge ein und finden Gespräche dazu mit Antragstellern statt. Überdies haben wir gute Netzwerke, die aber gepflegt werden wollen. Und die Administration nimmt einen großen Raum ein. Die Pflege der Website und die Anforderungen des Datenschutzes, Terminmanagement, Überweisungen, Einladungen und Protokolle schreiben, das ist alles nicht zu unterschätzen. Es ist aber zu schaffen. Man muss das Gesamtpaket sehen und dabei immer wieder darauf achten, dass die Wertschätzung für alle Beteiligten nicht zu kurz kommt. Der Einzelne verschwindet sonst in so einer Organisation.“

Bürokratie-Barometer 2019

Bitte nennen Sie uns stichwortartig bis zu drei Bespiele von Bürokratie, die ihr Engagement in der Bürgerstiftung am meisten belasten.

* (z.B. Versicherung, Spendenquittungen, Gema, Gremienprotokolle, Glücksspielrecht)



Gut gestartet

Wie sie ihre Bürgerstiftung managen, und was sich als größte Herausforderung entpuppte, als sie ihr Amt übernahmen: Die vier Bürgerstiftungsvorstände, die darüber berichten, haben im April 2019 an der ersten Weiterbildung der Aktiven Bürgerschaft in Berlin zum Thema „Guter Start für neue Vorstände“ teilgenommen. Darin ging es neben der Bürokratie um alles, was man als Vorstand wissen muss – von der Arbeitsorganisation über sinnvolle Aufgabenverteilung und Entscheidungskompetenzen bis zur Öffentlichkeitsarbeit.

www.aktive-buergerschaft.de/weiterbildung

Christiane Biedermann,
Leiterin Weiterbildung:
christiane.biedermann@aktive-buergerschaft.de
030 2400088-12

GRAFIK: Ayse Gökmenoğlu / Aktive Bürgerschaft. FOTOS: Caroline Pitzke (linke Seite), Werner Kissel / Aktive Bürgerschaft

INTERVIEW

„Was abgucken“

Stiftungsberaterin Susanne Kessen rät zu Pragmatismus.

Fällt es Ihnen schwer, anderen Menschen zu erklären, was eine Bürgerstiftung ist?
Nein. Das Argument der Mitmachstiftung schlägt alles. Es gibt kein besseres Vehikel für soziales Engagement als eine Bürgerstiftung mit ihren vielen Möglichkeiten und breiten Zwecken.

Warum lohnt es sich, Vorstand einer Bürgerstiftung zu sein?
Man kann helfen, Engagement zu bündeln und die vielen guten Ideen der Engagierten in der Bürgerstiftung zusammenzubringen, sodass sie ihr Ziel erreichen.

Worauf gilt es gefasst zu sein?
Man muss flexibel und bereit sein, über den Tellerrand zu blicken. Jeder hat ja seine speziellen Stärken. Doch wenn ich zum Beispiel gut texten kann, aber jemand gebraucht wird, um sich um die Ehrenamtlichen zu kümmern, sollte ich bereit sein einzuspringen.

Neue Vorstände bringen Ideen und frischen Wind mit. Woran hapert es?
Ganz banal: Erfahrung. Man kann sich viel erklären lassen, aber man muss selbst sehen, was dahinter steckt. Die vielen Ansprechpartner, Einrichtungen, mit denen die Stiftung zusammenarbeitet, und ihre Zielgruppen kennenzulernen: Da muss man sich ranpirschen. Das gilt natürlich auch für die Anforderungen der Bürokratie und Verwaltung. Die sind durchaus auch eine Belastung, das will ich nicht beschönigen. Das sollte aber niemanden abschrecken – das gehört dazu in einer Gesellschaft wie unserer. Es muss ja auch jeder mit seiner Steuererklärung fertig werden.

Wie bekommt man die Administration am besten in den Griff?
Man muss sich kundig machen, was zu tun ist. Aber auch, mit wem man sich austauschen kann und wo es Know-how gibt. Es gibt ja Angebote wie die von der Aktiven Bürgerschaft. Oder man fragt einfach mal bei der Bürgerstiftung im Nachbarort nach. Man kann sich ruhig was abgucken, niemand muss alles selber machen.

Was hat sich in den vergangenen Jahren bei der Leitung von Bürgerstiftungen verändert?
Sie hat sich professionalisiert. Inzwischen hat ja jeder ein kleines Büro zu Hause mit Internet und WhatsApp. Und man kann mehr nachfragen, es gibt mehr Netzwerke und Support.

Was sollte die Politik tun, um Bürgerstiftungen besser zu unterstützen?
Ein Ausnahmetatbestand bei der Umsatzsteuer wäre schön. Es gibt so viele absurde Ausnahmen, da könnte man auch eine für die Bürgerstiftungen aufnehmen. □

Interview: Gudrun Sonnenberg

Susanne Kessen

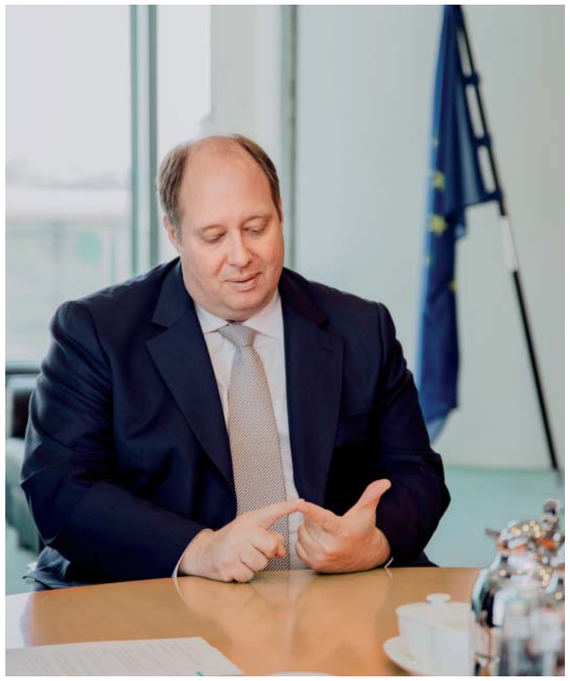
ist seit 2007 Mitglied im Vorstand der Schwäbisch Haller Bürgerstiftung. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Stiftungsberaterin war viele Jahre Prokuristin der Bausparkasse Schwäbisch Hall und engagiert sich in den Gremien der Stiftung Aktive Bürgerschaft. Im April 2019 war sie Referentin in der Weiterbildung der Aktiven Bürgerschaft „Guter Start für neue Vorstände“ in Berlin.

Helge Braun, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, möchte Bürokratie nicht abschaffen, aber die Anwendung von Vorschriften vereinfachen. Wie das zusammengeht, erläutert er im Interview mit bürgerAktiv.

GESPRÄCH

„Ein Ehrenamtsgesetz könnte helfen“

FOTO: Caroline Pinske / Aktive Bürgerschaft



Helge Braun im Gespräch mit der bürgerAktiv-Redaktion

BÜRGERAKTIV: Die Koalitionsparteien haben Erleichterungen für das Ehrenamt versprochen. Auf welche Maßnahmen dürfen die Gemeinnützigen denn in dieser Legislaturperiode noch hoffen?

BRAUN: Wir werden uns an den Ergebnissen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ orientieren. Weil es doch ein Riesenunterschied ist, welche Unterstützungsangebote es in städtischen und ländlichen Regionen für das Ehrenamt gibt. In einem Ehrenamtsgesetz könnten wir alles zusammenfassen, was wir zur Unterstützung des Ehrenamts machen wollen.

BÜRGERAKTIV: Gibt es Pläne für den Abbau der Bürokratie?

„Mitgliederverwaltung im Verein ist kein Hexenwerk“

BRAUN: Wer ehrenamtlich aktiv wird, will etwas in der Sache bewegen. Deshalb ist es häufig schwierig, einen Schatzmeister zu finden oder einen Geschäftsführer, der sich mit organisatorischen Dingen wie Einladungen oder der Kassenführung beschäftigt. Neuerdings spielt auch der Datenschutz eine große Rolle. Die Datenschutzgrundverordnung betrifft ja nicht nur die großen Internetplattformen, sondern jeden Mittelständler in Deutschland und auch die Vereine. Im Zuge der Entbürokratisierung wollen wir schauen, ob wir in einer Abänderung der Datenschutzgrundverordnung in der neuen Periode des Europäischen Parlaments dafür sorgen können, dass es jeweils klare und einfache Regeln gibt für den Umgang des Ehrenamts mit den Daten.

BÜRGERAKTIV: Wie wäre es, eine Art Toleranzgrenze einzuziehen und zu sagen, alles was rein ehrenamtlich ist oder unter einer bestimmten Umsatzgrenze bleibt, wird großzügig behandelt bei der Anwendung und Auslegung von Vorschriften?

BRAUN: Statt Standards abzusenken, ist es oft besser, die konkrete Anwendung von Vorschriften durch ein geprüftes Vorbild zu erleichtern, indem man aufzeigt, wie eine Vorschrift einfach befolgt werden kann: So geht es und so ist es dann in Ordnung. Das Ergebnis soll ja nicht sein, dass der Datenschutz geringer ist, sondern dass meine Daten auch selbstverständlich bei meinem Verein sicher sind.

FOTOS: Caroline Pitzke / Aktive Bürgerschaft

BÜRGERAKTIV: Können Sie nicht bei Gemeinnützigen andere Maßstäbe anlegen als bei Unternehmen oder größeren Organisationen?

BRAUN: Das Empfinden der Bürger hat sich sensibilisiert. Unser Ziel ist immer, die hohen Standards zu gewährleisten, aber ihre Umsetzung praktikabel und einfach zu machen. Und das geht auch. Eine Mitgliederverwaltung in einem Verein zu führen, ist schließlich kein Hexenwerk.

BÜRGERAKTIV: Viele Engagierte klagen, dass die Antragstellung für Fördermittel und die Berichterstattung über ihre Verwendung sehr aufwendig sind. Gibt es Überlegungen, da etwas zu vereinfachen?

BRAUN: Wir prüfen so penibel jeden Einzelnen, weil es leider immer wieder einzelne schwarze Schafe gibt, die mit öffentlichen Geldern nicht gut umgehen. Ich glaube, hier kann die Digitalisierung helfen. Das Problem, das wir momentan haben, ist, dass es immer wieder neue Verfahren gibt. Wenn ich als Musikverein mal beim Land, mal bei einem freien Träger und mal beim Bund einen Förderantrag stelle, ist das jedes Mal ein völlig neues Abenteuer. Da brauchen wir Standardverfahren, sodass, wenn man in einem anderen Bereich einen Antrag stellt, die abgefragten Informationen dieselben sind. Und im Hintergrund muss ein Verein gewisse Daten parat haben, wie den Nachweis seiner Gemeinnützigkeit, was seine satzungsgemäßen Ziele angeht.

„Ein Förderantrag ist jedes Mal ein neues Abenteuer. Wir brauchen Standardverfahren“

BÜRGERAKTIV: Stichwort Digitalisierung: Wann kommt das elektronische Transparenzregister für Stiftungen?

BRAUN: Das ist auf der Agenda. Momentan ist unser Justizministerium mit den Ländern im Gespräch. Ich mache mich dafür stark, dass wir eine bundeseinheitliche Lösung bekommen, die wir als Bund aufbauen und in die die Länder dann die Zu- und Abgänge einpflegen. Aber das widerspricht ein bisschen unseren föderalen Zuständigkeiten. Deshalb müssen wir da noch werben.

BÜRGERAKTIV: Im Bericht der Bund-Länder-Kommission Stiftungsrecht ist zu lesen, dass eine Machbarkeitsstudie empfohlen wurde. Das ist ja oft der Vorplatz, solche Themen zu beerdigen... ▷

Ehrenamt entbürokratisieren: Was im Koalitionsvertrag steht

Zum Thema Ehrenamt vereinbarten die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode, die Kultur des Ehrenamts zu stärken. Dafür wollten sie unter anderem „bestehende Regelungen entbürokratisieren, die digitalen Kompetenzen stärken und konkrete Hilfestellungen für eine entsprechende Organisationsentwicklung der Verbände, Vereine und Stiftungen leisten (...), den rechtlichen Rahmen für ehrenamtliche Betätigung und soziales Unternehmertum weiter verbessern sowie das Gemeinnützigkeitsrecht verbessern“.

www.cdu.de/koalitionsvertrag-2018

Im Amtszimmer des Ministers

▷ **BRAUN:** … oder sie möglich zu machen. Die Grundfrage, die die Machbarkeitsstudie beantworten muss, ist, ob wir die Länderaktivitäten vernetzen oder uns den Weg zu einem einheitlichen Register zutrauen. Die Menschen wollen wissen, wo sie suchen müssen. Es gibt ja Stiftungen, die haben ihren Sitz in einem Bundesland, agieren aber bundesweit. So etwas würde ich gerne in einem bundesweiten Register suchen und nicht in einem landesbezogenen. Die Souveränität der Verwaltung geht nicht verloren, wenn man am Ende einfach die Daten zusammenführt und damit für den Bürger ein einheitliches Service-Angebot schafft.

BÜRGERAKTIV: Ist mit dem Stiftungsregister noch in dieser Legislaturperiode zu rechnen?

BRAUN: Das kommt darauf an, wie schnell wir uns mit den Bundesländern einig werden.

BÜRGERAKTIV: Was halten Sie davon, die Büro- und Personalkosten anteilig zu übernehmen oder zu fördern, wenn gemeinnützige Organisationen Mitarbeiter einstellen müssen, um die Administration zu bewältigen?

BRAUN: Ob man solche weiteren Dinge macht, die neue Bürokratie aufbauen, muss man sich genau anschauen. Zuwendungen, die ein gemeinnütziger Verein einwirbt, sind steuerlich absetzbar. Damit fördert der Staat das Ehrenamt schon sehr stark und unbürokratisch.

BÜRGERAKTIV: Können Sie sich vorstellen, das Gemeinnützigkeitsrecht so zu ändern, dass man nicht diese ständigen Rechtsstreitereien um Satzungszwecke hat?

BRAUN: Ich verstehe natürlich, dass es Vereine gibt, die da Sorgen haben. Aber wer sich wirklich gemeinnützigen Zwecken verschreibt, muss vor solchen Auseinandersetzungen keine Sorge haben. Mit dem Begriff ‚Verein' wird leider auch Missbrauch betrieben. Wir haben in den letzten Jahren schon Vereine verboten, weil sie nicht gemeinnützig waren, sondern weil sich dahinter Organisationen verbargen, die Geld für terroristische Vereinigungen sammelten. Deshalb finde ich eine genaue Betrachtung des gemeinnützigen Zwecks und die Regeln dem Grundsatz nach richtig.

BÜRGERAKTIV: Immer wieder werden Gesetze und Verordnungen erlassen, wo man hinterher sagt, ach ja, das trifft ja die Gemeinnützigen auch. Fehlt dem Ehrenamt ein Lobbyist auf EU-Ebene? Ein Beauftragter oder eine Kommission, die frühzeitig auf den politischen Prozess einwirken können?

BRAUN: Ich glaube, die glaubwürdigsten Vertreter des Ehrenamts sind die Ehrenamtlichen vor Ort. Wenn sie gegenüber der Politik ihre Vorstellung formulieren, hat das viel mehr Wirkung als ein einzelner Beauftragter, von wem auch immer. Und in der Politik ist jeder bereit, dem Ehrenamt zu helfen. Das Grundproblem ist, dass, wenn wir eine Ausnahme zum Beispiel für Stiftungen schaffen, leider diejenigen, die kriminelle Energie haben, sich nicht zu schade sind, das Modell einer Stiftung für ihre Zwecke zu missbrauchen. Dann hat man ein Schlupfloch geschaffen.

FOTOS: Caroline Pitzke / Aktive Bürgerschaft

BÜRGERAKTIV: Sie haben sehr zurückhaltend, an manchen Stellen abwägend geantwortet, wenn wir nach Erleichterung oder Veränderung gefragt haben …

BRAUN: Das ist das Leiden des Chefs des Bundeskanzleramts, ….

BÜRGERAKTIV: Wir dachten es uns schon ...

BRAUN: … der immer nur Dinge nennen kann, wenn in der Regierung die Dinge reif sind. Das gehört auch zur Aufgabe, dass wir innerhalb der Regierung die Dinge gut abstimmen, gemeinsam kommunizieren. Der Chef des Bundeskanzleramts achtet darauf, dass alle Minister sich daran halten. Und deshalb muss er selber immer mit gutem Beispiel vorangehen.

BÜRGERAKTIV: Auf der anderen Seite sprechen Sie sehr lebensnah über den Schatzmeister, den Menschen, der den Verein zu organisieren versucht. Wenn Sie sich was wünschen dürften: Wie würden Sie denen gerne helfen?

BRAUN Wir hatten mal eine Diskussion, das Steuerrecht so zu vereinfachen, dass eine ganze Steuererklärung auf einen Bierdeckel passt. Das fanden alle super. Und dann haben wir festgestellt, na ja, der Bierdeckel ist ja nicht so groß, zum Beispiel könnte schon die Absetzbarkeit einer Spende für einen Verein da keinen Platz mehr finden. Der Steuersatz ist niedrig, aber es gibt keine Absetzmöglichkeiten. Also haben wir den Gedanken wieder verworfen. Denn wir schätzen doch die Einzelfallgerechtigkeit unseres Steuerrechts. Jetzt nähern wir uns einer Steuererklärung, die sich digital von alleine ausfüllt. Die Lohnsteuerkarte tut das schon. Die Sozialversicherungen tun es schrittweise. Letzten Endes wird es die Lösung für fast alle Bürokratiefragen sein, auch beim Ehrenamt: einfache digitale Lösungen für die Mitgliederliste, die Buchführung des Vereins, das Verschicken des Newsletters. Damit entlasten wir das Ehrenamt, ohne unsere Standards abzusenken. Das ist das A und O. Das müssen wir erreichen.

BÜRGERAKTIV: Kann die öffentliche Hand solche Lösungen bereitstellen oder ihre Entwicklung finanzieren?

BRAUN: Ja. Die Aufgabe des Staates sehe ich darin, die Anforderungen zu definieren und den Standard. Dann können Start-up-Unternehmen das konkrete Produkt herstellen. Wenn es um den gemeinnützigen Bereich geht, kann man auch die Entwicklung von so einer Software fördern, das will ich gar nicht grundlegend ausschließen. Der Staat muss nicht alles selber machen, aber er muss die Rahmenbedingungen schaffen.

BÜRGERAKTIV: Vielen Dank für das Gespräch! □

Das Gespräch führten Dr. Stefan Nährlich und Gudrun Sonnenberg

Prof. Dr. Helge Braun, MdB, CDU, ist Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts sowie Mitglied des Deutschen Bundestags als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Gießen/Alsfeld in Hessen. Er studierte Medizin und ist seit 2015 Honorarprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Helge Braun ist Mitglied im Stiftungsrat der Aktiven Bürgerschaft.

EXPERTENMEINUNG

Welten trennen

Was die Zivilgesellschaft tun sollte

von Rudolf Speth

Viele Ehrenamtliche in den zivilgesellschaftlichen Organisationen klagen über die Last der Bürokratie. Sind wir auf einem Weg, auf dem das freiwillige Engagement immer mehr durch die Erfüllung bürokratischer Anforderungen erstickt wird? Nein, so ist es nicht. Vielmehr machen die Klagen über die zunehmende Bürokratie unterschiedliche und auch widersprüchliche Entwicklungen deutlich.

Zunächst ist die wachsende Bürokratielast ein Ausdruck für die Stärke der Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind zunehmend mit dem Staat (Bund, Ländern und Kommunen) verwoben, erfüllen teilweise Aufgaben des Staates, bekommen Geld (Entgelte und Zuwendungen) und erbringen Wohlfahrtsleistungen für die Gesellschaft. Ohne Dokumentation, Nachvollziehbarkeit, Belege für die Verwendung der Mittel und Leistungsnachweise ist das alles nicht zu machen. Das bedeutet aber auch: Je näher die Zivilgesellschaft an den Staat rückt, desto größer wird der Aufwand für die Erfüllung bürokratischer Pflichten.

Man muss die Entwicklung auch noch aus einer anderen Perspektive betrachten. Nach wie vor sind zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Institution zwei getrennte Welten mit unterschiedlichen Logiken. Während es in der Welt der zivilgesellschaftlichen Akteure vor allem auf Freiwilligkeit, Selbstwirksamkeit und Eigensinn ankommt, geht es in den Verwaltungen um Regelhaftigkeit, Gesetzeskonformität und formalisierte Prozesse. Die Verbindung dieser beiden Welten kann auch aus einer Machtperspektive beschrieben werden: Die Verwaltungen verfügen über Ressourcen (Geld und Recht) und zwingen damit den zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Logik auf, sobald diese in die Nähe der staatlichen Akteure geraten, beispielsweise wenn sie nach Ressourcen fragen oder eine staatliche Genehmigung oder Lizenz für ihr Handeln benötigen.

Es darf aber nicht unterschlagen werden, dass keine Organisation – auch keine zivilgesellschaftliche – ohne ein Minimum an Bürokratie auskommt. Auch wenn der Begriff negativ belegt ist, so sind eine bestimmte Regelhaftigkeit, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Korruptionsfreiheit elementar notwendig. Zu Bürokratie gibt es keine wirkliche Alternative, es geht höchstens darum, weniger Bürokratie zu haben.

Was tun? Die Zivilgesellschaft sollte im Bewusstsein haben, dass es unterschiedliche Logiken und Welten gibt, die zwar miteinander in Verbindung stehen, aber trotzdem getrennt bleiben müssen. Deshalb ist es wichtig, sich die Frage zu stellen, wie nah zivilgesellschaftliche Akteure an den Staat und seine Verwaltungen gerückt werden, wie viele und wie weit sie Aufgaben von diesen übernehmen können, ohne ihren Charakter zu verlieren. Es ist ein beständiger Diskurs über die Grenzziehungen zu führen. Denn: Das eigene und besonders das zivilgesellschaftliche Handeln darf nicht einfach aufgegeben werden. Die Zuwendungen durch staatliche Stellen und die Übernahme von Aufgaben für die Kommunen, Länder und den Bund sind Quellen bürokratischer Prozesse. Ohne sie und weitere rechtliche Regeln wird es nicht gehen. Wer sich darauf nicht einlassen möchte, sollte sich auf die eigenen Anliegen besinnen und seine Aufgaben selbst definieren. Deshalb ist es notwendig, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ihren Charakter bewahren und immer wieder erneuern.

PD Dr. Rudolf Speth ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Mitglied des Stiftungsrats der Aktiven Bürgerschaft.

FOTOS : Bernd Hartung (l.), Fotoraum Reinold (r.)

EXPERTENMEINUNG

Endlich anfangen

Was der Staat tun sollte

von Tanja Klenk

Schon 2006 hat die Bundesregierung den Abbau unnötiger Bürokratie zu einer staatlichen Daueraufgabe erklärt und mit dem Normenkontrollrat eine neue, unabhängige Institution geschaffen, die genau für diese Aufgabe verantwortlich ist. Der Normenkontrollrat soll Transparenz über die Bürokratiebelastung in zentralen Lebens- und Wirtschaftsbereichen herstellen, auf die Kostenfolgen neuer Gesetze aufmerksam machen und Vorschläge entwickeln, wie unnötige Bürokratie abgebaut und bürokratische Verfahren vereinfacht werden können. Bislang hat er sich vor allem auf die Entlastung der Wirtschaft konzentriert. Erst ab 2018, mit dem Regierungsantritt der großen Koalition, kam die Bürokratie-Entlastung der Zivilgesellschaft auf die politische Agenda.

Der Normenkontrollrat befasst sich vor allem mit Bürokratie auf der Regulierungs- und Organisationsebene. Er misst die Kosten der Bürokratie mit Hilfe des sogenannten Standardkosten-Modells (SKM), das in den Niederlanden entwickelt wurde und heute in nahezu allen europäischen Ländern verwendet wird. Im SKM werden Bürokratiekosten als diejenigen Kosten definiert, die Organisationen durch staatliche Informationspflichten entstehen, etwa, weil Statistiken geführt und Verwendungsnachweise erbracht werden müssen. Die Organisationen werden zu ihrem Zeitaufwand und den anfallenden Personalkosten befragt, es wird kalkuliert, wie oft eine bestimmte Informationspflicht zu erfüllen ist und wie viele Organisationen hiervon betroffen sind. Auf diese Weise erhält man eine monetäre Größe und kann den Erfüllungsaufwand beziffern.

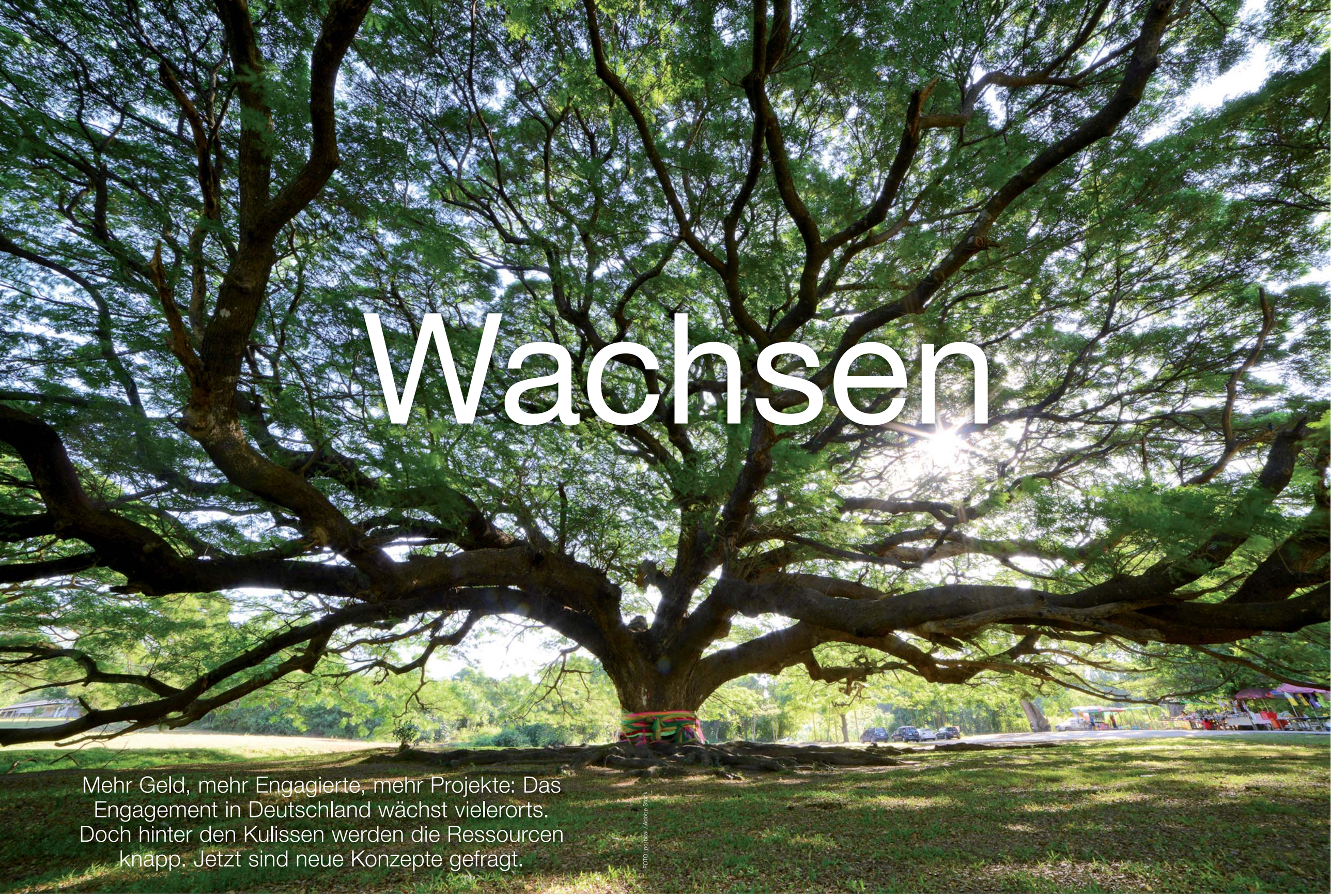
In den ersten sechs Jahren seiner Tätigkeit ist es dem Normenkontrollrat gelungen, die Bürokratiekosten der Wirtschaft um 25 Prozent zu senken, das entspricht rund zwölf Milliarden Euro. Ein wichtiger Meilenstein war die Einführung der „One in, one out“-Regelung: Jede neue Belastung für die Wirtschaft („in“) soll an anderer Stelle im gleichen Umfang kompensiert werden („out“). Dadurch konnte ein Ansteigen der Bürokratiekosten vermieden werden – ein weiterer durchgreifender Abbau der Bürokratiekosten ist allerdings nicht gelungen.

Bevor dies jedoch als Scheitern des Normenkontrollrats gedeutet wird, sei in Erinnerung gerufen, dass bürokratische Regelungen auch positive Funktionen haben. Sie sollen willkürliche Verwaltungsentscheidungen verhindern, die Arbeit der öffentlichen Verwaltung nachvollziehbar machen, Verantwortlichkeit und Legitimität herstellen.

In den vergangenen Jahren wurden zudem viele öffentliche Aufgaben privatisiert. Doch um sie nicht gänzlich dem freien Spiel der privaten Akteure zu überlassen, erlässt ein verantwortungsbewusster Staat Regeln, um etwa den Zugang zu Leistungen und deren Qualität zu gewährleisten. Zu den Paradoxien der Entbürokratisierung gehört daher, dass Privatisierung zu neuer Bürokratie führen kann.

Während die Bürokratiebelastung von Unternehmen in den vergangenen Jahren gesenkt werden konnte, steht dies für das zivilgesellschaftliche Engagement und das Ehrenamt noch aus. Das erste Jahr der Regierungsarbeit ist nun aber bereits vorbei; dass die Regierung es mit der Förderung des Ehrenamts ernst meint, ist bislang aber nicht zu erkennen. Will die Regierung ihr Versprechen einlösen, dann muss sie jetzt aktiv werden, um in dieser Legislaturperiode noch gesetzliche Neuerungen umsetzen zu können.

Prof. Dr. Tanja Klenk ist Verwaltungswissenschaftlerin an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und Mitglied des Stiftungsrats der Aktiven Bürgerschaft.



Wachsen

Mehr Geld, mehr Engagierte, mehr Projekte: Das Engagement in Deutschland wächst vielerorts. Doch hinter den Kulissen werden die Ressourcen knapp. Jetzt sind neue Konzepte gefragt.

FOTO: portfolio / Adobe Stock

HAUPTAMT

Zaubern oder investieren

Je besser ihre Projekte laufen, desto mehr Arbeit haben Bürgerstiftungen. Manche wagen den Sprung zum Hauptamt und stellen Mitarbeiter ein. Andere lassen sich lieber Zeit. Ein großes Thema dabei: Unabhängigkeit.

Klangskulptur – Teil des neuen Nutzungskonzepts von Bürgerstiftung und Stadt für den ehemaligen Friedhof in Weinheim

Eine Bürgerstiftung zu managen, weckt zuweilen Assoziationen mit Goethes Zauberlehrling, der der Geister nicht Herr wurde, die er rief: Je mehr Projekte die Bürgerstiftung durchführt oder fördert, je mehr Spenden und Zustiftungen sie einwirbt, und je mehr Ehrenamtliche sie für ihre Arbeit begeistern kann – kurz: je erfolgreicher sie ist –, desto mehr Ressourcen muss sie einsetzen, um den Erfolg zu organisieren. Es liegt nahe, Aufgaben wie Einladungen schreiben, Projektabrechnung oder die Betreuung der Website an hauptamtliche Mitarbeiter zu delegieren, auf dass sich die ehrenamtlichen Vorstände ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können: Stifter und Spender gewinnen, Projektideen entwickeln und umsetzen, die Bürgerstiftung bekannt machen, Netzwerke pflegen und die Strategie der Bürgerstiftung entwickeln.

Doch wie finanzieren Bürgerstiftungen die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter, und was bewirkt das in der Praxis für die Arbeitsorganisation in der Bürgerstiftung? Stellen sich die erhofften Effekte ein? Während mancherorts komplette Geschäftsstellen mit mehreren Mitarbeitern unterhalten werden, reicht es andernorts nur für eine stundenweise Beschäftigung. Oder aber es findet sich ein externer Geldgeber.

Wie das funktionieren kann, zeigen diese vier Beispiele:

Delmenhorst: Es kneift

„Es kneift“, so bringt Jürgen Schulz von der Delmenhorster Bürgerstiftung die Lage auf den Punkt. Er meint damit seinen Terminplan, denn der ist voll. Schulz, ehemaliger Schifffahrtskaufmann und Rentner, ist in Personalunion Vorstandsvorsitzender, Schatzmeister und Geschäftsführer der Bürgerstiftung. Er führt außerdem die Geschäfte der Freiwilligenagentur, die die Bürgerstiftung 2017 als Projekt gegründet hat. Hierfür nimmt er Geld, denn die Agentur wird aus Landesmitteln finanziert und verursacht Kosten. Zwei Stunden pro Tag rechnet er ab. Alles andere macht Schulz ehrenamtlich – das sind im Schnitt weitere sechs Stunden pro Tag –, die Bürgerstiftung ist insgesamt ein Vollzeitjob. Zwar arbeiteten insgesamt rund 250 Ehrenamtliche in den Projekten und in der Bürgerstiftung, sagt er. Aber niemand sei bereit, ihn bei der Administration zu unterstützen: „Die Rentner wollen sich nicht mehr fest verplanen, und die Jüngeren wollen entweder Geld, oder sie haben keine Zeit.“ Also bleibt viel an ihm hängen, und an seinen beiden Vorstandskollegen, wie Schulz ebenfalls Rentner. Die Frage drängt sich auf: Warum nur die Geschäftsführung in der Freiwilligenagentur abrechnen? Wieso nicht auch den ehrenamtlichen Vorstand der Bürgerstiftung entlasten? Die Antwort, siehe oben: Es kneift, und zwar bei den Einnahmen. Das Stiftungskapital von gut 116.000 Euro wirft nicht viel Ertrag ab, und es mangelt an großen Spendern oder Stiftern in Delmenhorst, das zu den ärmeren Städten in Deutschland gehört. Große Unternehmen haben hier nur Filialen. „Wenn die fördern, tun sie das lieber an ihrem Hauptsitz“, so Schulz. Aus dem Rathaus komme auch nichts, aber das ist der Bürgerstiftung recht, denn: „Wir sind unabhängig, wir wollen uns nicht mit der Politik einlassen.“

Schulz trägt das Ganze mit Fassung, denn er engagiert sich gerne für die Bürgerstiftung. „Es ist ja wichtig, den Kopf zu gebrauchen.“ Für die Arbeit der Bürgerstiftung sei es egal, ob es eine hauptamtliche Unterstützung gebe: „Wenn wir uns einen bezahlten Mitarbeiter leisten könnten, würden wir auch nicht mehr Projekte machen. Wir setzen alles um, was wir wollen“, sagt Schulz. Der einzige Unterschied beträfe ihn persönlich: „Ich hätte dann mehr Freizeit.“

Weinheim: Boden bereiten für die Nachfolger

Dreimal so hoch wie vor zehn Jahren ist die Zahl der Projekte, die die Bürgerstiftung Weinheim heute stemmt. Vor allem die operativen Projekte seien höchst erfolgreich, sagt Dr. Adalbert Knapp, ehemaliger Volkshochschulleiter und seit acht Jahren Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung. Dem Erfolg entsprechend stieg sein Arbeitsaufwand – vom Volumen her auf eine Dreiviertelstelle. Bislang hat er alles ehrenamtlich bewältigt, doch nun hat die Bürgerstiftung beschlossen, dass Knapp den administrativen Teil seiner Vorsitzendentätigkeit – rund 25 Prozent – künftig als bezahlte Minijobstelle ausüben soll.

Diese Entscheidung ist eine strategische, denn so kann die Administration sauber von der Aufgabe des Vorstandsvorsitzes getrennt werden. Die Bürgerstiftung wird dadurch zukunftsfest: „Wir müssen gewährleisten, dass die Verwaltung der Stiftung unabhängig von ehrenamtlich verfügbarer Arbeitskraft gesichert ist“, sagt Knapp. Denn die Verwaltung ließe sich nötigenfalls nun auch leichter an eine andere Person delegieren, und es wird attraktiver für potenzielle Nachfolger, den Vorstandsvorsitz zu übernehmen, wenn für die administrativen Aufgaben personelle oder finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. „Dies berücksichtigt auch den Aspekt der Verankerung einer Bürgerstiftung in der Bevölkerung: Die Vorsitzendentätigkeit sollte nicht nicht nur von Persönlichkeiten ausgeübt werden können, deren materielle Ausstattung weit überdurchschnittlich ist“, sagt Knapp. Wenn die Bürgerstiftung gut aufgestellt ist, finden sich auch die benötigten Mitstreiter. Denn, so Knapp: „Wie bisher wird es auch künftig so sein, das neue Ideen grundsätzlich personell unterfüttert sein müssen. Umso besser, wenn dabei die Verwaltung funktioniert.“ ▷

FOTO: Bürgerstiftung Weinheim

Delmenhorster Bürgerstiftung

Stiftungskapital 2018: 116.150 Euro
Projektfördersumme 2018: 5.000 Euro
3 ehrenamtliche Vorstände

www.delmenhorster-buergerstiftung.de
www.buergerstiftungsfinder.de

Die Delmenhorster Bürgerstiftung wird unterstützt von der Volksbank eG Delmenhorst-Schierbrok.

Bürgerstiftung Weinheim

Stiftungskapital 2018: 928.000 Euro
Projektfördersumme 2018: 51.500 Euro
5 ehrenamtliche Vorstände

www.buergerstiftung-weinheim.de
www.buergerstiftungsfinder.de

Die Bürgerstiftung Weinheim wird unterstützt von der Volksbank Weinheim eG.

Die Bürgerstiftung Sindelfingen im Catering-Einsatz für den Schüler-Marathon

Sindelfingen: Personal von der Stadt

„Eigentlich großartig“, findet Ingrid Bitter, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Sindelfingen, den Erfolg, den die Bürgerstiftung mit ihren Projekten verbuchen kann. Zum Beispiel, dass die Plätze für die Teilnahme am Schülermarathon binnen Minuten im Internet ausgebucht waren. Speziell die Sportprojekte haben eine riesige Resonanz bei den Schulen erzielt. Doch: Mit dem Erfolg wächst natürlich der Aufwand.

Eigentlich ist es deshalb großartig, dass die Bürgerstiftung Sindelfingen eine hauptamtliche Mitarbeiterin hat, die von Anfang an von der Stadt für sie freigestellt worden ist. Jeweils für ein Jahr, und jedes Jahr wird das neu bewilligt. Damit sich die Stadt aus der Nähe von den guten Ergebnissen dieser Unterstützung überzeugen könne, sei der Gemeinderat im Stiftungsrat vertreten; aus jeder Partei ein Vertreter, sagt Bitter. Die Unabhängigkeit der Stiftung beeinträchtige das nicht, es sei noch nie Einfluss genommen worden. Die Bürgerstiftung nehme nur insofern Rücksicht, als sie in Wahlkampfzeiten keine politischen Veranstaltungen anberaume, etwa Diskussionen zur Stadtentwicklung, sagt Ingrid Bitter.

Der hauptamtlichen Mitarbeiterin hat die Stiftung viel zu verdanken, zumal sich die Kollegin ihrer Aufgabe mit großem persönlichen Einsatz angenommen hat und auch zu Abendterminen ging. „Wir haben sie sehr stark beansprucht“, sagt Bitter. In der Jahresmitte 2019 ist die Kollegin, die sich auf die Stelle bei der Stiftung selbst beworben hatte, wieder ins Rathaus zurückgegangen, nun gibt es einen Nachfolger. Unabhängig davon sucht die Bürgerstiftung jedoch noch weitere Unterstützung. Denn dank der Hilfe durch die hauptamtliche Unterstützung gibt es nun auch viele große Projekte, die gemanagt werden wollen und die Kapazitäten erschöpfen. Einfach jemanden einzustellen komme jedoch trotz ausreichendem Etat nicht infrage, sagt Bitter, „denn wir wollen keine Projektgelder für die Verwaltung abzweigen“. Sie hofft auf eine andere Lösung: „Wir konnten einen neuen großen Stifter gewinnen. Vielleicht zahlt er uns eine gesonderte Verwaltungskraft.“

Braunschweig: Kosten wieder reinholen

Würde man die Zustände in einer Bürgerstiftung an der Ausstattung mit bezahlten Mitarbeitern messen, so wären sie in der Bürgerstiftung Braunschweig paradiesisch: Zehn Hauptamtliche arbeiten in der Geschäftsstelle, fünf in Vollzeit, fünf in Teilzeit. Das liegt allerdings daran, dass die Bürgerstiftung den Fokus auf eigene Projekte, Förderausschreibungen und beantragte Einzelförderungen legt. Zu etwa drei Vierteln sind die Mitarbeiter für die in der Bürgerstiftung angesiedelten Projekte tätig. Die Geschäftsführerin, finanziert unter anderem aus zweckungebundenen Spenden und Verwaltungen von Stiftungen, widmet einen Teil ihrer Arbeitszeit der Führung der Geschäftsstelle und der Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Sie einzustellen war eine der ersten Amtshandlungen von Hans-Herbert Jagla, Vorstandsvorsitzender seit September 2017. Er hatte zuvor die Bürgerstiftung beraten, mit all seiner Erfahrung aus dem Personalmanagement seines vorherigen Arbeitgebers Volkswagen. Jagla setzte einen Evaluationsprozess und eine Strategiefindung in Gang, wissend, dass die Stiftung aufgrund ihres Wachstums ihre Prozesse neu definieren musste. Dabei wurde er von seinem Vorgänger Ulrich E. Deissner unterstützt. Jagla baute darauf auf und sorgte für Professionalisierung, verankerte beispielsweise feste Verfahren für die Bewilligung von Fördergeldern. Die Geschäftsführerin, eine zertifizierte Stiftungsmanagerin, unterstützt den Prozess und koordiniert die Aufgaben der Professionalisierung. Das alles kostet Geld: „Die Personalkosten sind signifikant gestiegen“, räumt Jagla ein. „Das gilt es nun reinzuholen durch effizientes Management.“ Dazu trage die Geschäftsführerin bei, und bislang habe die Bürgerstiftung ihr Fördervolumen von weit über 500.000 Euro stabil halten können. Für den Vorstand eröffnen sich durch die Entlastung vom operativen Geschäft Freiräume, nicht nur in den Projekten aktiv zu sein, sondern auch – mit Unterstützung durch die hauptamtliche Geschäftsführung und die Mitarbeiter – neue Mittel einzuwerben sowie Finanzanlagen zu optimieren und eine langfristige Immobilienstrategie umzusetzen.

Darüber hinaus hat Jagla strategische Überlegungen, die im Grundsatz denen der Bürgerstiftung in Weinheim ähneln: Die Bürgerstiftungsarbeit soll von den ehrenamtlich engagierten Gremienmitgliedern unabhängiger geführt werden. „Manche Vorstände bringen feste Vorstellungen aus ihrem Berufsleben mit“, sagt Jagla. Daraus entwickelten sie gute Ideen. „Dies wird durch eine Geschäftsführung mit anderen Erfahrungen und Kompetenzen, die gemeinsam mit dem Vorstand auch jungen Leuten Raum gibt für die Umsetzung ihrer Ideen und Talente, gestärkt, ergänzt und optimiert.“ Jaglas Ziel ist, auch jüngere Menschen in die Bürgerstiftung zu holen: „Ehrenamtliche Vorstände lassen dann eher los und begeistern sich für die Arbeit in gemischten Teams.“ □

Gudrun Sonnenberg

FOTOS: Bürgerstiftung Sindelfingen (l.), Bürgerstiftung Braunschweig (r.)

Bürgerstiftung Sindelfingen

Kapital 2018: 1.150.160 Euro
Projektfördersumme 2018: 51.975 Euro
5 ehrenamtliche Vorstände
1 hauptamtliche Mitarbeiterin

www.buergerstiftung-sindelfingen.de
www.buergerstiftungsfinder.de

Die Bürgerstiftung Sindelfingen wird unterstützt von der Vereinigten Volksbank eG

Bürgerstiftung Braunschweig

Stiftungskapital 2018: 15.606.058 Euro
Projektfördersumme 2018: 563.718 Euro
5 Vorstände, 10 hauptamtliche Mitarbeiter (5 Vollzeit, 5 Teilzeit)

www.buergerstiftungbraunschweig.de
www.buergerstiftungsfinder.de

Die Bürgerstiftung Braunschweig wird unterstützt von der PSD Bank Braunschweig eG, Volksbank eG Wolfenbüttel, Volksbank BraWo eG, Sparda-Bank Hannover eG

Projekt „Brücken bauen“ der Bürgerstiftung Braunschweig: Einsatz in der Kita Mascherode

SCHÜLER

Weitersagen

Schüler der Lichtenbergschule in Darmstadt forschen im Unterricht über jüdische Mitbürger, die von den Nazis ermordet wurden, oder denen die Flucht aus Darmstadt gelang. Was sie herausfinden, machen sie in der Stadt sichtbar. Nun haben sie eine App für Stadtrundgänge auf eigene Faust in Arbeit.

FOTOS: Annika Mühlhäuser

▲ Die Schülerin Fatima Haji referiert über die Gedenkstätte.
◀ Schülerinnen und Schüler besichtigen die Ausgrabung der Liberalen Synagoge auf dem Gelände der Städtischen Klinik Darmstadt.

Nur wer es weiß, findet hin: Auf der Straße weist kein Schild den Weg zur Gedenkstätte für die zerstörte Liberale Synagoge, die man auf dem Gelände der Städtischen Klinik besichtigen kann. Das könnte noch ein Fall für die Schülerinnen und Schüler der Lichtenbergschule werden, die im Projekt „Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie“ mitmachen. Es läuft seit 2011 und das Anliegen der engagierten Schüler zwischen 15 und 18 Jahren ist es, die Spuren jüdischen Lebens in Darmstadt sichtbar zu machen und zu vermitteln, was in der Zeit des Nationalsozialismus passiert ist.

So erklärt im Hof der Klinik an einem sonnigen Tag im Mai die Schülerin Fatima Haji, Abiturientin mit Leistungskurs Geschichte, was es mit dem siebenarmigen jüdischen Leuchter auf sich hat, der hier steht, und mit der Gedenkstätte im Gebäude. 2003 seien bei Bauarbeiten Teile des Fundaments der Synagoge entdeckt worden, sagt sie. Man habe sich entschieden, der Ausgrabung einen großen Raum im Klinikneubau zu überlassen, in dem man sie von oben betrachten kann. Das sei nicht unumstritten gewesen, berichtet Fatima.

Rund 70 Menschen hören ihr zu, großteils Neuntklässler und Oberstufenschüler eines Geschichtskurses, die ebenfalls die Lichtenbergschule in Darmstadt besuchen. Nach der Einführung durch Fatima und die Projektleiterin und Geschichtslehrerin Margit Sachse betritt die Gruppe den besagten Raum im Erdgeschoss des Klinikgebäudes. Hier schaut man von der ebenerdigen Empore aus in den Keller, wo die freigelegten Fundamente eines kleinen Teils des einstmals ziemlich prachtvollen Baus zu sehen sind: ein paar Mauerreste und Sand. Die Zerstörer haben gründliche Arbeit geleistet. „Da sieht man aber, wie groß die Synagoge war“, sagt einer aus der Neunten. „Das ist schon anders, als wenn man nur darüber liest.“

Drei Synagogen gab es einmal in der Stadt und ein lebendiges jüdisches Leben. Wer waren die Menschen, die Nachbarn, die damals in Darmstadt verfolgt und später im Holocaust umgebracht wurden? Die Schüler suchen das Einzelschicksal. Da war zum Beispiel Lise Juda, die in Darmstadt zur Schule ging und nur 21 Jahre alt wurde. Nach den Novemberpogromen 1938 floh sie mit ihrer Mutter und Großmutter nach Frankreich, kam über Paris und die Auvergne in das Lager Gurs an der französisch- ▷

Die Zerstörer haben gründliche Arbeit geleistet

Aditi Kolturu, Hasset Gessese und Ella F. Herron (v.l.n.r.)

Die Studierenden der TU Darmstadt, die die App für die Stadtführung der Schüler programmiert haben, feiern ihren Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2019.

FOTOS: Werner Kissel / Aktive Bürgerschaft

„Schüler Gegen Vergessen Für Demokratie“

- Seit 2011 engagieren sich Schüler der Lichtenbergschule in Darmstadt für das Gedenken an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Sie organisieren Rundgänge und andere Beiträge für die Geschichtskultur ihrer Stadt. Das Service-Learning-Projekt ist mit den Schulfächern Geschichte, Politik, Informatik, Religion, Deutsch, Englisch, Kunst verknüpft.
- Projektleiterin ist die Geschichtslehrerin und Museumspädagogin Margit Sachse.
- Im Mai 2019 ist die Lichtenbergschule Darmstadt für dieses Projekt mit dem Hauptpreis des Förderpreises Aktive Bürgerschaft 2019 in der Kategorie Schulen ausgezeichnet worden.

schueler-gegen-das-vergessen.de/
www.aktive-buergerschaft.de/foerderpreis

▷ spanischen Grenze, dann nach Drancy bei Paris und wurde von dort nach Auschwitz deportiert, wo sie 1942 ermordet wurde. Der Kanzler

„Man kann sich eher vorstellen, was passiert ist, wenn man da war“

Nurullah Altuntas

der TU Darmstadt, Dr. Manfred Efinger, spendete vor ein paar Jahren einen Stolperstein für die Familie Juda. Die „Schüler gegen das Vergessen“ befassten sich erstmals 2015 mit ihnen, und im Unterricht folgte der damalige Leistungskurs Geschichte der Lehrerin Margit Sachse ihren Spuren auf einer Studienfahrt nach Polen bis in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-II-Birkenau. „Ich habe Dinge gesehen, die ich sonst nie gesehen habe. Man kann sich eher vorstellen, was passiert ist, wenn man da war, als wenn es ein Lehrer erzählt oder man was liest. Ich wollte dem näherkommen“, berichtet vor der Gruppe in der Gedenkstätte, Nurullah Altuntas, der, über die AG aufmerksam geworden, drei Jahre später im November 2018 auf Einladung der Stadt Darmstadt Auschwitz im Rahmen einer Gedenkstättenfahrt für Jugendliche besuchte.

Dann tragen die Neuntklässlerinnen Hasset Gessese, Aditi Kolturu und Ella F. Herron ihre jüngsten Erkenntnisse über die junge Roßdörfer Witwe und Mutter eines kleinen Sohnes namens Johanna Mayer vor, die 1942 in einem Durchgangslager starb. Sie haben sich im Geschichtsunterricht damit befasst. Aus dem Englischunterricht heraus – der Sprache wegen – verfassten die Schülerinnen dann eine E-Mail an Johanna Mayers Nichte Margot Greenberg, die mit vier Jahren aus Deutschland nach England gerettet wurde und heute in New York lebt. Doch die alte Dame antwortete nur kurz, sie sei nicht in der Lage, Fragen nach der Vergangenheit zu beantworten. „Das hat uns sehr berührt“, berichten die Schülerinnen. „Wir waren alle ganz still, als wir das gelesen haben. Uns wurde klar, dass der Holocaust für die Angehörigen noch sehr präsent ist. Dass wir durch unsere Arbeit solche Emotionen wecken können, war uns vorher nicht bewusst.“

Was erreichen

Wie bringt man solche Erfahrungen und Einsichten an den Mann und die Frau in einer Zeit, in der sich die Stimmen mehren, die von Gesinnungsterror sprechen oder gar leugnen, was vorgefallen ist? Denn das ist ja das Ziel des Engagements der „Schüler gegen das Vergessen für Demokratie“: zugänglich machen, weitererzählen, was damals passiert ist, damit es nicht in Vergessenheit gerät und sich auch nicht wiederholt. Den Grundstein legt die Geschichtslehrerin Margit Sachse im Unterricht: „Frau Sachse hat unser Interesse an der Geschichte geweckt. Zum Beispiel, was die Stolpersteine sind, die man überall sieht. Sie macht sehr anschaulichen Unterricht mit Filmen und Besichtigungen“, sagt Aditi. Doch dann öffneten ihre Erfahrungen im Projekt ihr einen neuen Horizont: „Es ist gar nicht so wichtig, im Unterricht gut zu sein“, sagt sie, „es kommt mehr darauf an, das Wissen nach außen zu tragen.“

Die Schüler nutzen dafür, ganz Kinder ihrer Zeit, Onlinemedien. Schon seit Anfang 2016 gibt es eine Website an der Lichtenbergschule, auf der nachzulesen ist, was bisher in dem Projekt geschah, von der Fahrt nach Auschwitz über schulische Facharbeiten, Fotos, Videos und Presseberichte von Veranstaltungen, die die Schüler mitgestaltet haben, wie etwa den jährlichen offiziellen Holocaust-Gedenktag Ende Januar. Janosch Ott, heute Abiturient und angehender Informatikstudent der TU Darmstadt, damals in der 9b, hat die Seite entwickelt, seine Mitschüler liefern die Inhalte. Es gibt auch Informationen über die Führungen mit den MuseumsGuides im Hessischen Landesmuseum Darmstadt für auswärtige Besucher, andere Klassen der Lichtenberg-Schule, Geflüchtete oder auch Seniorengruppen.

Nachwuchs für die Stadtgesellschaft

In der Stadt freuen sich viele über das Engagement. „Gerade heutzutage ist das gut“, sagt Alexander Stoler, Kulturreferent der jüdischen Gemeinde Darmstadt, der zum heutigen Rundgang dazu gekommen ist. Das Projekt ist vernetzt, unter anderem mit

„Wir haben viel über Teamwork gelernt“

Jan Koch, Student

dem Arbeitskreis Stolpersteine und dem ehemaligen Denkmalpfleger Nikolaus Heiss, der in der Gedenkstätte einspringt, als es darum geht zu erklären, wie Fundamente der Synagoge ausgegraben und restauriert wurden, und wieso nur ein Teil zu sehen ist. Das Projekt kann sich auch über Geldgeber freuen, darunter Pierre Jablon, Sohn des Widerstandskämpfers Robert Jablon, und sein Cousin Robert Liebenthal, beide Verwandte der Lise Juda. Pierre ▷

Der Neuntklässler Niklas Huthmann erklärt, wie er die App für den Stadtrundgang iPhone-gerecht programmiert hat. Projektleiterin und Geschichtslehrerin Margit Sachse zeigt die Bilder dazu.

▷ begleitete 2015 die Studienfahrt nach Auschwitz, weil er sehen wollte, wie heutige Jugendliche mit dem fragilen Kulturerbe Auschwitz umgehen. Robert Liebenthal besuchte während der Europawoche 2016 die Aktivitäten der SchülerGuides im Archiv, im Museum und in der Gedenkstätte. Weitere Mittel kamen von der Stiftung Deutscher Denkmalschutz und aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“. Ideell wird die Gruppe auch unterstützt durch die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Darmstadt und den Dachverband dieser Gesellschaften, den Deutschen Koordinierungsrat.

Für die Schüler entwickelt sich das Engagement nicht selten zur Herzensangelegenheit. Immer noch dabei ist Ikira Schielke, Teilnehmerin der AG LiteraTeens und MuseumsGuides der ersten Stunde. Inzwischen hat sie an der TU Darmstadt einen Bachelor in Informatik und Digitaler Philologie erworben. Im Gespräch mit Projektleiterin Margit Sachse kam ihr die Idee, ihre Kommilitonen im Rahmen eines Bachelorpraktikums für das Programmieren einer App für die Stadtrundgänge der Schülerinnen und Schüler zu gewinnen. Jan Koch und Paul Balzereit gehören zu denen, die mitgemacht haben, und blicken darauf nicht ohne Ironie zurück: „Wir haben viel über Teamwork gelernt.“

Der Nachwuchs ist ihnen auf den Fersen in Gestalt des Neuntklässlers Niklas Huthmann. Er präsentiert das Ergebnis seiner autodidaktischen Fähigkeiten: Die App, die die Studierenden für Android-Smartphones entwickelt haben, hat er kurzerhand für iPhones nachprogrammiert. „So hundert Stunden“ seien für die Arbeit schon zusammengekommen, sagt er, und es kommen noch mehr dazu. Niklas hat bereits etliche Vorträge, Filme und Bilder seiner Mitschüler sowie eigene Berichte in die Demoversion der App übertragen und aktualisiert laufend weiter, wenn etwas Neues produziert ist. Künftig sollen seine Mitschüler das selber machen können. Und dann wird jeder, der sich in Darmstadt für jüdische Geschichte interessiert, einen Stadtrundgang machen können, geführt via App – oder auch analog im Dialog mit den Schülerinnen und Schülern der Lichtenbergschule Darmstadt. □

Gudrun Sonnenberg

Engagement mit der Kamera

Das bürgerAktiv Magazin dankt sehr herzlich Annika Mühlhäuser, die uns die Fotos aus Darmstadt zur Verfügung gestellt hat. Sie ist Schülerin an der Lichtenbergschule und hat uns beim Rundgang an die Orte des Geschehens mit der Kamera begleitet. Annika Mühlhäuser engagiert sich in den Darmstädter Projekten unter anderem mit Berichten und Fotos. Sie besucht den Kunst-Leistungskurs.

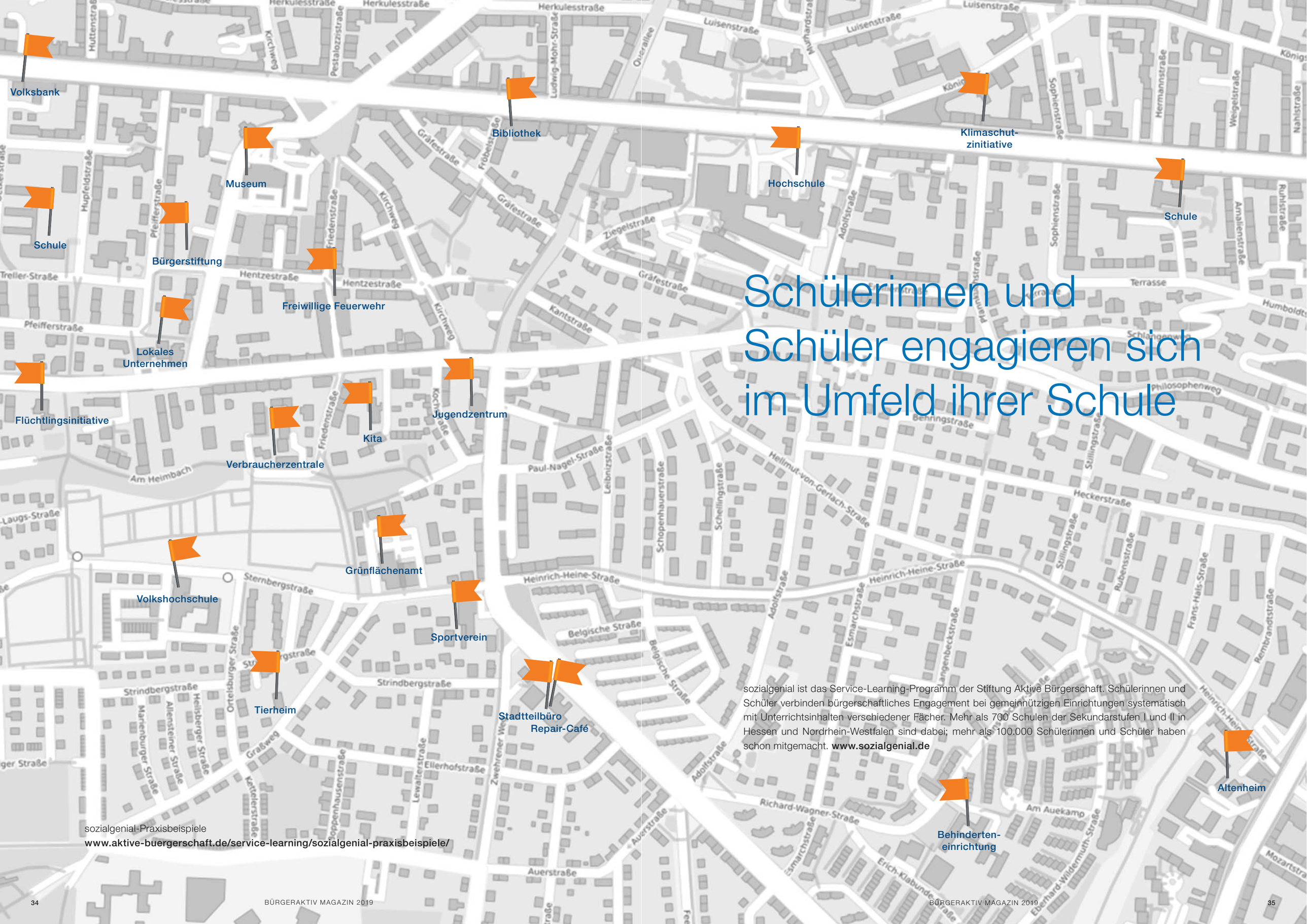
Wer mehr Fotos von Annika Mühlhäuser sehen möchte, findet sie auf Instagram: @acake.ars

FOTO: Annika Mühlhäuser

sozialgenial – aus der Schule in die Stadt

Zum Ausklappen

Schülerinnen und Schüler engagieren sich im Umfeld ihrer Schule



sozialgenial ist das Service-Learning-Programm der Stiftung Aktive Bürgerschaft. Schülerinnen und Schüler verbinden bürgerschaftliches Engagement bei gemeinnützigen Einrichtungen systematisch mit Unterrichtsinhalten verschiedener Fächer. Mehr als 700 Schulen der Sekundarstufen I und II in Hessen und Nordrhein-Westfalen sind dabei; mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler haben schon mitgemacht. **www.sozialgenial.de**

sozialgenial-Praxisbeispiele
www.aktive-buergerschaft.de/service-learning/sozialgenial-praxisbeispiele/

Der sozialgeniale Weg

sozialgenial
Schüler engagieren sich ★ Eine Initiative der DZ BANK Die Initiativbank

www.sozialgenial.de | www.aktive-buergerschaft.de/service-learning/service-learning-mit-sozialgenial/

sozialgenial – aus der Schule in die Stadt

Zusammenstellung: Caroline Deilmann, Dr. Jörg Ernst | Grafik: Ayşe Gökmenoğlu

DRANGEBLIEBEN

„Inhalte besser vermitteln“

Warum sich Engagementprojekte so lohnen, erklärt Marita Menne, Lehrerin am Berufskolleg Höxter in Brakel.

Wann haben Sie das erste Mal ein ehrenamtliches Engagementprojekt für Schüler organisiert?
2009, damals noch an der Fachschule für Heilerziehungspflege in Lemgo. 2012 bin ich nach Brakel gewechselt. Hier haben wir viele Projekte organisiert, etwa aus dem Leistungskurs Erziehungswissenschaften heraus. 2015 haben wir die Gruppe kraftART gegründet, in der die Schüler ihr Engagement außerhalb der Schule fortsetzen.

Welche Effekte haben die Projekte?
Die Inhalte des Fachs Erziehungswissenschaften können so viel besser vermittelt werden. Im beruflichen Gymnasium gibt es sonst wenig Praxis. Die Schüler wachsen an dem Engagement. Sie knüpfen Kontakte und bekommen Bestätigung. Die Schule erfüllt so auch ihren Auftrag, neben der fachlichen auch die gesellschaftliche und personale Handlungskompetenz zu stärken.

Seit Herbst 2018 ist Engagement an Ihrem Kolleg als Unterrichtsfach „Being social“ verankert. War es schwierig, das zu erreichen?
Nein, nach der positiven Erfahrung mit der kraftArt-Gruppe reichte ein Gespräch mit der Bildungsgangleitung und der Schulleitung, und die Verankerung war beschlossen. Das Engagement wird bei uns von allen Kollegen voll unterstützt.

Welchen Vorteil hat die formal-organisatorische Verankerung an der Schule?
Wir haben mehr Zeit, uns mit Engagement zu beschäftigen. Die Schülerinnen und Schüler können so auch die theoretischen Grundlagen von Service Learning erarbeiten. Und wir können ihre Leistungen benoten. Anerkennung ist wichtig – die sozialgenial-Zertifikate, auch die Veranstaltungen, haben allen Beteiligten immer einen großen Schub gegeben.

Spricht etwas dagegen, Engagementprojekte von Anfang an als Unterrichtsfach zu etablieren?
Nein, überhaupt nicht. Im Gegenteil halte ich es in der heutigen Zeit für absolut sinnvoll und wertvoll. □

Interview: Gudrun Sonnenberg

FOTO: Ralf Emmerich / Aktive Bürgerschaft

Marita Menne

hat jahrelange Erfahrung mit Engagementprojekten für Schülerinnen und Schüler. Sie unterrichtet Erziehungswissenschaft am Berufskolleg Höxter in Brakel seit 2012, zuvor war sie an der Fachschule für Heilerziehungspflege in Lemgo. Von Beginn an hat die Schule an sozialgenial teilgenommen. In den ersten Jahren hat Marita Menne einzelne Engagementprojekte organisiert. 2015 rief sie die Gruppe KraftART ins Leben, in der Schüler bildungsgangübergreifend künstlerische Projekte – Ausstellungen, Vorträge, Konzerte – organisieren oder mit dem Verkauf selbst designter T-Shirts Geld sammeln.

INVESTIEREN

Unbedingt erhalten

Die Bürgerstiftung Lörrach hat ein historisches Gebäude gekauft und saniert, um den Weiterbetrieb eines Schülercafés zu ermöglichen. Das ist zugleich eine sichere Kapitalanlage.

Das Lörracher Schülercafé „Kamel-ion“ ist eine Oase. Es liegt mitten im Ort zwischen zwei Gymnasien und einer Realschule in einer Häuserzeile mit fünf Wohnhäusern aus dem Ende des 19. Jahrhunderts und bietet einen Rückzugsort für insgesamt 2.700 Schüler auf dem Campus Rosenfels. Hier gibt es Snacks, Getränke und belegte Brötchen, wenn es zum Frühstücken zu knapp war, ein leckeres Mittagessen als Alternative zur Schul-Mensa. Und mindestens so wichtig: Raum zum Reden, Spielen und Entspannen in Pausen und Freistunden. „Das Kamel-ion ist nicht Teil der Schulen, auch deshalb ist es so beliebt und wichtig“, sagt Dr. Ute Lusche, Vorsitzende der Bürgerstiftung Lörrach.

Deshalb sprang, als die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde das historische Gebäude veräußern wollte und die Stadt kein Interesse zeigte, 2016 die Bürgerstiftung ein und erwarb das Haus. „Wir wollten das Kamel-ion unbedingt erhalten“, sagt Ute Lusche. Wie der Vorbesitzer vermietet auch die Bürgerstiftung das Haus an den Christlichen Verein Junger Menschen (CVJM), der das Kamel-ion betreibt.

Die Sozialpädagogin Sibylle Burkart, die das Kamel-ion seit nunmehr fast 20 Jahren ehrenamtlich im Auftrag des CVJM leitet, hat hier bereits Generationen von Kindern und Jugendlichen aufwachsen sehen. „Am Anfang können sie kaum über die Theke gucken und dann kommen sie täglich bis zum Abitur“, sagt Burkart, die ihr Ehrenamt „mit großer Freude“ erfüllt. Ihr zur Seite stehen eine fest angestellte Kraft, zehn weitere ehrenamtlich arbeitende Frauen sowie einige Minijobber und Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst. Jede Woche fließen rund 200 Stunden ehrenamtliche Arbeit in das Kamel-ion.

Schmale Tür, offene Gasöfen

Weil das Haus eigentlich als Wohnhaus gebaut war, musste im laufenden Cafébetrieb an allen Ecken improvisiert werden. „Wir hatten räumliche Engpässe und offene Gasöfen“, erinnert sich Sibylle Burkart. In der Cafeteria drängten sich die Gäste durch nur eine schmale Tür hinein und hinaus. „Ich hatte da schon Sicherheitsbedenken“, sagt sie.

Also ließ die Bürgerstiftung das Haus nach dem Kauf grundlegend sanieren. Gemeinsam mit den Kamel-ion-Betreibern plante der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerstiftung, der Architekt Frank Hovenbitzer, wie die Räume besser nutzbar gemacht werden konnten. Örtliche Handwerker entfernten dann Zwischenwände, verlängerten die Verkaufstheke, setzten neue Türen ein. Nun gibt es größere Räume, eine Zentralheizung, moderne Brandschutztechnik, und das Haus wurde energetisch saniert. Auch die Schüler engagierten sich und sammelten Geld, zum Beispiel durch Sponsorenläufe und Konzerte. Damit wurde die Umgestaltung des Kamel-ion-Gartens finanziert, der bei schönem Wetter zusätzlich Raum zum „Chillen“ bietet. In den Umbau des Hauses sollten die Schülerspenden nicht fließen, sie wären dann von den Fördermitteln abgezogen worden. Denn weil das denkmalgeschützte Gebäude in einem Sanierungsgebiet liegt, beteiligten sich das Land Baden-Württemberg sowie die Stadt Lörrach an den Kosten von 400.000 Euro mit 50 Prozent. „So haben wir zugleich unser Stiftungskapital erhöht“, sagt Ute Lusche. Denn die Immobilie gewann durch die geförderten Umbauten an Wert.

Eine klassische Win-win-Situation: Die Stiftung hat ihr Geld sicher und renditebringend in der Immobilie angelegt, und für die Schüler ist ihr Kamel-ion nun auf viele Jahre gesichert. Im Mai 2019 ist sie dafür mit dem Förderpreis Aktive Bürgerschaft ausgezeichnet worden. □

Dr. Petra Krimphove

FOTOS: Linda Fittante, Frank Hovenbitzer, Lea Siebold

„Bleibendes schaffen“

„Bleibendes zu schaffen und flexibel dort fördern zu können, wo Mittel benötigt werden – das sind wichtige Anliegen der Bürgerstiftungen. Wie dies gelingen kann, zeigt die Bürgerstiftung Lörrach. Durch den Hauskauf trägt sie zum Erhalt des historischen Stadtbildes bei, sichert die Betreuung der Schülerinnen und Schüler und erwirtschaftet in Zeiten von Niedrigzinsen jährlich gute Erträge. Diese ermöglichen der Bürgerstiftung, dauerhaft die Lebensqualität in Lörrach zu fördern. Und zwar jeweils dort, wo sie am meisten bewirken kann – sei es in der Kinder- und Jugendförderung, dem Umweltschutz oder der Stadtentwicklung.“

Bernadette Hellmann ist Programm-Leiterin Bürgerstiftungen der Stiftung Aktive Bürgerschaft.

Das Schülercafé „Kamel-ion“ vor der Sanierung und nachher

Bürgerstiftung Lörrach

Stiftungskapital 2018: 572.808 Euro
Immobilienvermögen: 1.390.769 Euro
Projektfördersumme: 24.752 Euro
www.buergerstiftung-loerrach.de
www.buergerstiftungsfinder.de

Die Bürgerstiftung Lörrach wird unterstützt von der Volksbank Dreiländereck eG.

Demokratie

Einmischen, verhandeln, diskutieren: Davon lebt Demokratie. Bürgerschaftliches Engagement macht sie stark. Die Jüngsten lernen, wie es geht, die Großen wehren Angriffe ab.

FOTO: jager / 123rf.com

Aachen, Blick auf den Dom

FOTOS: Andreas Herrmann / www.medien-aachen.de (l.), Kerstin Schlopsnies (r.)

FÖRDERN

Das gleiche Ziel

70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes im Westen Deutschlands, 30 Jahre nach dem Mauerfall kümmern sich zwei Bürgerstiftungen um das Zusammenleben in ihren Regionen, die kaum weiter voneinander entfernt sein könnten: Die Bürgerstiftung Lebensraum Aachen im Westen Deutschlands, die Bürgerstiftung Barnim Uckermark im Osten. Geographisch und historisch liegen Welten zwischen ihnen. Wie kommen sie, jede auf ihre Weise, zu dem Ziel, das sie eint: Demokratie fördern?

Portal Kloster Chorin

Geburtstagsfeier zum Jubiläum des Grundgesetzes in Aachen: Bürgerstiftungsvorstand Norbert Greuel (vorne links) und Veranstaltungsmoderator Manfred Kutsch

Emotionale Tankstelle

Die Bürgerstiftung Lebensraum Aachen will mit ihren Demokratieprojekten den Menschen den Rücken stärken, die sich unverdrossen den Debatten mit Populisten stellen.

Die Universitätsstadt Aachen mit ihren 250.000 Einwohnern liegt im deutsch-belgisch-niederländischen Dreiländereck. Offenheit für Nachbarn und andere Kulturen sowie grenzüberschreitende Kooperationen sind hier eigentlich selbstverständlich. Dennoch werden auch in Aachen seit Jahren in den Debatten um den Zustand der deutschen Demokratie die rechtspopulistischen Stimmen lauter. Mit ihrer Initiative „Offenes Aachen“ will die Bürgerstiftung Lebensraum Aachen etwas dagegensetzen und all jenen eine Heimat und einen Raum zur Selbstvergewisserung bieten, die für Demokratie, Menschenwürde und Vielfalt eintreten. Wer sich von diesen Werten bereits innerlich verabschiedet hat, soll im offenen Dialog überzeugt werden.

Die Anfänge und Wurzeln von „Offenes Aachen“ liegen in Demokratieprojekten mit Geflüchteten. 2014 war deren Zahl noch überschaubar. Damals wollten die Aachener Ehrenamtlichen den Neubürgern neben der Sprache auch das Grundgesetz und damit die gesetzliche und ethische Richtschnur des Zusammenlebens in Deutschland näherbringen, erinnert sich Norbert Greuel. Der 68-Jährige leitet ehrenamtlich das Projekt „Offenes Aachen“ mit derzeit 15 Aktiven. Unter anderem gab die Bürgerstiftung 2016 ein Faltblatt heraus, das die in den ersten 20 Grundgesetzartikeln implizierten Rechte und Pflichten für alle verständlich darlegte. Es erschien in acht Sprachen und wurde auch in Flüchtlingsunterkünften und Willkommensklassen verteilt und vorgestellt. „Die Resonanz war hervorragend“, sagt Greuel.

Doch der Rechtspopulismus erstarkte, demokratische Werte wurden in der Mitte der Bevölkerung infrage gestellt. Die Aktiven beschlossen, ihre Demokratiearbeit auf die einheimische Bevölkerung auszuweiten. Aachen sollte sich seiner selbst vergewissern und zum Nachdenken gebracht werden. 2017 sammelte die Bürgerstiftung 3.000 Unterschriften für die von ihr verfasste „Aachener Erklärung für Demokratie“ und diskutierte sie in Fußgängerzonen mit den Bürgern.

Die Gegner einer offenen Gesellschaft sind zwar mit Argumenten nur schwer zu erreichen, weiß Norbert Greuel aus Erfahrung. Doch er gibt nicht auf. Und er betont zugleich, wie wichtig es sei, Gleichgesinnte zu bestärken, sich immer wieder neu der Debatte über den Wert einer offenen Gesellschaft zu stellen. „Offenes Aachen“ sei eine emotionale Tankstelle für von Diskussionen ermattete Demokratieverfechter. Als solche diente auch das große Demokratiefest im Aachener Elisengarten im Sommer 2017 mit 5.000 Teilnehmern, bei dem 40 namhafte Aachener auf der Bühne auftraten. „Emotionaler Höhepunkt war, dass wir am Ende mit allen Menschen ‚Imagine‘ von John Lennon sangen“, erinnert sich Greuel. Dann brauchten alle Beteiligten eine Pause – um 2018 mit „Offenes Aachen 2.0“ erneut durchzustarten.

Rund um das siebzigste Jubiläum des deutschen Grundgesetzes drehte die Bürgerstiftung dann noch einmal das große Rad. Zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 veranstaltete sie 22 Vorträge und Diskussionen vor großem Publikum sowie einen Schülerwettbewerb zum Thema Demokratie. Besonders stolz ist Norbert Greuel darauf, dass die Bürgerstiftung auf Anfrage der Stadt als Kooperationspartner in das Rahmenprogramm der renommierten Karlspreisverleihung 2019 an UN-Generalsekretär António Guterres aufgenommen wurde: „Das ist schon eine ganz besondere Anerkennung unserer Arbeit.“

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen

Ihr Ziel ist, dass Menschen und Unternehmen Verantwortung für das Zusammenleben übernehmen.

www.buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftungsfinder.de

Die Bürgerstiftung Lebensraum Aachen wird unterstützt von der Aachener Bank eG und der Sparda-Bank West eG.

FOTOS: Thomas Langens (l.), Mary Beuttenmüller (r.)

Kinder und Jugendliche aus Angermünde, Brüssow, Lychen und Templin waren die Preisträger des Ideenwettbewerbs 2018 der Bürgerstiftung Barnim Uckermark.

Ganz früh einhaken

Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark legt ihren Fokus auf die Jüngsten. Sie entwickelt Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche.

Nordöstlich von Berlin lässt man die Großstadt schnell hinter sich. Die ländliche Struktur Brandenburgs, der Heimat der Bürgerstiftung Barnim Uckermark, definiert zugleich deren wichtigste Aufgabe: Die Bürgerstiftung agiert als Netzwerk und wichtiges Rückgrat der Demokratieförderung in einer nur dünn besiedelten Region, in der demokratische Überzeugungen zuweilen keinen leichten Stand haben.

Auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer befinden sich die zivilgesellschaftlichen Strukturen hier noch im Aufbau und sind historisch bedingt weniger verwurzelt als im Westen Deutschlands. Von der Politik enttäuschte Alteingesessene und liberale Zuzügler aus der Hauptstadt treffen mit unterschiedlichen Einstellungen und Lebensentwürfen aufeinander, erklärt Kai Jahns, Geschäftsführer der Bürgerstiftung.

Es ist also eine herausfordernde Gemengelage, in der die Bürgerstiftung Barnim Uckermark agiert. Mit dem Ziel, die demokratischen Strukturen und Akteure in der Region zu stärken, arbeitet sie eng mit den Kommunen und den Verwaltungen der Kreisstädte Prenzlau und Eberswalde zusammen. „Dort werden wir als Experten in der Demokratiearbeit gesehen“, sagt Jahns. Zuweilen stoße man aber auch auf Widerstände – etwa in der Flüchtlingsarbeit.

„Wir müssen da dranbleiben“, bekräftigt Jahns. Gerade die in der Region lebenden Kinder der Geflüchteten bräuchten gezielte Angebote, um sich in der hiesigen Gesellschaft und deren demokratischen Werten zu verwurzeln. Unter anderem sorgte die Bürgerstiftung dafür, dass in Schulbibliotheken mehrsprachiges Material für Kinder mit Fluchterfahrung angeschafft wurde. „Jedes Kind soll die Möglichkeit bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben“, sagt Jahns.

Folglich liegt ein Fokus der Stiftung in der Demokratiearbeit mit Kindern und Jugendlichen. Manche von Brandenburgs Kleinstädten und Dörfern gelten als Hotspots der rechten Szene. Dem setzt die Stiftung Freizeit- und Bildungsangebote entgegen, die das Selbstvertrauen von Kindern und Jugendlichen frühzeitig stärken und sie von demokratischen Werten überzeugen sollen. „Kinder haben Beteiligungsrechte, sie müssen Handlungsoptionen und -kompetenzen lernen“, betont Jahns.

Er erzählt von Projekten, in denen sich Kinder und Jugendliche gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben in ihrem Umfeld einsetzen. Die besten Ideen in der Uckermark werden dann von der Stiftung ausgezeichnet. 2018 gewannen den sogenannten Ideenwettbewerb unter anderen Schülerinnen und Schüler, die Aufkleber mit gezielter Hetze aus dem Stadtbild entfernen und durch Friedensbotschaften ersetzen. Das Preisgeld stammt aus den Kapitalerträgen des Kinderrechte-Fonds der Bürgerstiftung. Der wiederum wurde mit 20.000 Euro aus dem Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2011 gegründet. Anerkennung tut not und gut: Alle zwei Jahre verleiht die Stiftung darüber hinaus einen Demokratiepreis an Menschen und Initiativen in der Region, die Minderheiten schützen und ein offenes und liberales Miteinander fördern.

Denn je mehr Menschen und Initiativen an dem Strang der Demokratieförderung arbeiten und ziehen, desto besser. Noch bleibt viel zu tun: „Wir müssen hier immer wieder die Werte einer Zivilgesellschaft moderieren“, bekräftigt Jahns. □

Dr. Petra Krimphove

Bürgerstiftung Barnim Uckermark

Sie will ein offenes und demokratisches Zusammenleben in der Region fördern.

buergerstiftung-barnim-uckermark.de
www.buergerstiftungsfinder.de

Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark wird unterstützt von der VR Bank Uckermark-Randow eG.

Schüler der Klima-AG der Möhnesee-Schule in Aktion: Kalli Gickeleiter, Leon Hübner und Malte Jens Mattenklotz (v.l.n.r.)

SERVICE LEARNING

Endlich im Trockenen

Bushäuschen, Fußweg, Schaukel: Wie Schüler der Möhnesee-Schule ihre Gemeinde verändern und dabei die Spielregeln der Demokratie erlernen.

Endlich müssen die Schülerinnen und Schüler der Möhnesee-Schule nicht mehr im Regen auf ihren Bus nach Hause warten: Das Team der Schul-AG „JugendPower Möhnesee“ hat die Gemeinde davon überzeugt, dass ihre Bushaltestelle ein wetterfestes Wartehäuschen braucht. Die zugesagte 15.000-Euro-Investition ist einer der größten Erfolge der Jugendlichen, aber bei Weitem nicht der einzige. Bereits seit Herbst 2016 mischen sie sich mit Verbesserungsvorschlägen in die Lokalpolitik ihres Heimatortes ein. Dabei lernen sie zweierlei: wie Politik und demokratische Prozesse funktionieren und – noch wichtiger – dass sie, die Jugendlichen, etwas bewirken können.

Für das Bushäuschen hatte sich die „JugendPower Möhnesee“-AG hartnäckig eingesetzt, bei einem Ortstermin mit zwei Vertretern des Bauausschusses ebenso wie in der Gemeinderatssitzung. Die gute Nachricht des Erfolgs überbringt der parteilose Bürgermeister Hans Dicke an diesem Morgen im Mai persönlich. Er kommt mit seinem Elektrofahrrad vom Rathaus zum Treffen mit den Schülerinnen und Schülern der AG. „Das ist euer Verdienst“, stellt er klar. Die Runde strahlt.

Es gehört zum Konzept der Sekundarschule, die Kinder und Jugendlichen in Entscheidungen einzubeziehen und ihre Stimme ernst zu nehmen. Das Engagement der rund 500 Schülerinnen und Schüler wirkt über die Schule hinaus und ist an vielen Stellen in der Gemeinde sichtbar, wie beim Rundgang am Vormittag durch Möhnesee-Körbecke mit dem Lehrer Meinolf Padberg rasch deutlich wird. Unten am Stausee haben sie gemeinsam mit einer Architektin einen großen Sportparcours entworfen und realisiert. Und die im Gehweg eingelassenen Motive auf der Promenade hinunter zum Wasser stammen auch aus der Schule, wie Padberg sagt. Er unterrichtet seit Jahrzehnten an der Möhnesee-Schule, betreut Schülerprojekte und koordiniert die mehrfach ausgezeichnete Berufs- und Studienorientierung.

Anbindung an Politikunterricht

Dann führt der Rundgang am Rathaus vorbei. Padberg zeigt auf ein Fenster und sagt: „Da oben trifft sich die JugendPower-AG regelmäßig mit dem Bürgermeister.“ Es war im Herbst 2016, die Zeit der Brexit-Entscheidung und der Wahl Donald Trumps, als im Politikunterricht seiner Klasse 8c der Wunsch laut wurde, gegen Populismus und Demokratieverdrossenheit aktiv zu werden. Im Nu fand sich eine Gruppe Interessierter, die sich seither mit Padbergs Begleitung in ihrer Freizeit trifft. Die AG-Themen knüpfen an den Politikunterricht an: So stellten die Jugendlichen vor der Bundestagswahl 2017 eine Demokratieausstellung zusammen, befragten am See Passanten, was ihnen an der deutschen Verfassung besonders wichtig sei und warben dafür, wählen zu gehen. Sie begannen, sich mit etlichen Anregungen in die Lokalpolitik einzubringen. Zehn Schülerinnen und Schüler der ersten Stunde sind noch immer dabei. Alle drei Monate diskutiert die AG seither mit dem Bürgermeister ihre Verbesserungsvorschläge. Mal geht es um Kleinigkeiten wie eine zu harte Schaukel auf einem Spielplatz, mal um größere Anliegen wie einen fehlenden Zebrastreifen oder die Ausbesserung eines straßenbegleitenden Fußwegs zur Schule, der bei Regen aufweicht. „Dann müssen wir durch Pfützen und Matsch laufen“, erläutert Jana Reinecke (16) in der Runde der AG mit Hans Dicke das Problem. Dass er die gute Nachricht von dem Bushäuschen überbracht hat, schützt ihn nicht vor weiteren Nachfragen. Die Gemeinde habe doch versprochen, den besagten aufgeweichten Weg mit einer Ladung Kies auszubessern, erinnert Jana den Bürgermeister. Bisher sei jedoch nichts geschehen. Hans Dicke notiert sich eine Erinnerung: „Das ist wirklich keine gute Situation.“

Früher, sagen die Zehntklässler, hatten sie keine Ahnung davon, wie in der 11.000 Einwohner großen Gemeinde Möhnesee Entscheidungen gefällt werden und was im Rathaus eigentlich vor sich geht. Nun sind sie dort regelmäßige Gäste. Langweilige Kommunalpolitik? Keine Spur: „Die Sitzungen sind richtig spannend. Da hört man Argumente, die man vorher nicht kannte“, sagt der 16-jährige Marius Säcker. Dass zum Wesen einer Demokratie gehört, nicht jede Idee in die Tat umsetzen zu können: Auch diese Erfahrung hat die AG zwangsläufig gemacht. Mal mangelt es der Kommune an Geld, mal an Zuständigkeit. Und auch die Gegenseite hat berechtigte Argumente, das lernen die Jugendlichen. Ebenso wie dranzubleiben und nachzuhaken, wenn Anträge sich im Schneckentempo durch Sitzungen und Prozesse bewegen und dort auch zuweilen begraben werden. „Man versteht, dass nicht alles so einfach geht, wie man es vielleicht gedacht hat“, sagt die 16-jährige Dunja Erlenkötter.

Ansturm auf die AG

In diesem Sommer werden die Gründer der AG die Schule verlassen, sie wechseln auf das Gymnasium im benachbarten Soest oder beginnen eine Ausbildung. Damit ihre Initiative weiterlebt, entstehen nun in der Schule neue JugendPower-Ortsteilclubs mit Schülerinnen und Schülern aus dem gesamten Einzugsgebiet der Möhnesee-Schule. Meinolf Padberg hat die Trommel gerührt, um Nachwuchs zu rekrutieren und konnte es kaum glauben: 120 Mädchen und Jungen meldeten sich bei ihm. Rund zehn von ihnen kommen an diesem Morgen zur Gründungsversammlung der neuen Ortsgruppe Völlinghausen in die Aula. Die alten Hasen aus der zehnten Klasse sind nach dem Treffen mit dem Bürgermeister gleich dazu geeilt und lehnen lässig an den Tischen, die Jungen sitzen etwas aufgeregt im Rund und lauschen der kurzen Begrüßung und Erklärung des Lehrers. Sie haben bereits einige Ideen mitgebracht, für was es sich in ihrem Ortsteil einzusetzen lohnt. Das Gelände der alten Hundeschule könnte verschönert werden, ein vielgenutzter Feldweg in Völlinghausen ist voller Schlaglöcher und für Fußgänger gefährlich. „Vielleicht könnte man da einen kleinen Bürgersteig anlegen“, schlägt der elfjährige Till Rademacher vor. Der Lehrer hört zu. Er bewertet nicht, sondern lässt den Schülern Raum für ihre Ideen. „Wir setzen darauf, dass ihr mit offenen Augen entdeckt und etwas verändern wollt“, gibt er dem Nachwuchs mit auf den Weg.

Die nun abgehenden Zehntklässler sind sichtlich stolz auf das, was sie auf die Beine gestellt haben. Sie wollen in Zukunft als Paten für den Nachwuchs weiter mitmischen. „Wir stehen für die Jüngeren zur Verfügung“, sagt Marius Säcker. Auf die wartet bereits ein großes Projekt, angestoßen von den Pionieren: Das Wäldchen neben der Pflegeeinrichtung im Ortsteil Völlinghausen soll für die Senioren besser nutzbar gemacht werden. Dazu werden die Schüler mit Unterstützung des Eigentümers und des städtischen Bauhofs dort neue Wege anlegen. „Wir brauchen euch dafür“, motiviert Meinolf Padberg die Neuen und kündigt auch gleich das nächste Treffen an. Die JugendPower der Möhnesee-Schule geht in die nächste Runde. □

„Wir stehen für die Jüngeren zur Verfügung“

Marius Säcker, Schüler

Dr. Petra Krimphove

FOTO: Petra Krimphove / Aktive Bürgerschaft

Schülerinnen und der Bauausschuss beim Vor-Ort-Termin in Sachen Bushäuschen

Das sagen die Erwachsenen:

Bürgermeister Hans Dicke: „Als das Projekt begann, hatte ich erwartet, dass die Schülerinnen und Schüler mit einer langen unerfüllbaren Wunschliste kommen, aber das war gar nicht so. Meist geht es um eher kleine Veränderungen, die durchaus machbar sind. Es ist eine wirklich gute Kommunikation entstanden, wir sprechen über viele Sachen. Falls ein Vorschlag nicht umzusetzen ist, akzeptieren die Jugendlichen das auch, solange es eine gute Begründung dafür gibt. Da habe ich es mit vielen Erwachsenen schwerer. Die Schülerinnen und Schüler spüren den Wert der eigenen Beteiligung und wertschätzen wiederum, dass ich mich für ihre Belange einsetze. Was hier erreicht worden ist, ist wirklich außergewöhnlich. Aus Sicht des Rathauses würden wir gerne mit der nächsten Schülergeneration weitermachen."

Schulleiter Jörg-Martin Jacob: „Als Lehrer hat man traditionell eher den Top-down-Ansatz im Kopf: Wir Pädagogen entscheiden, aber erwarten nach zehn Jahren Schule demokratisch denkende Schülerinnen und Schüler. Das funktioniert so nicht. Wir müssen umdenken und uns viel früher auf den Weg machen, gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Dieser demokratiepädagogische Ansatz ist in unserem Schulkonzept verankert. Die Schülerinnen und Schüler sollen selbstständig denkende Menschen und mündige Bürger werden. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen ernst nehmen und ihnen zugleich vermitteln, dass Entscheidungen in der Gemeinschaft und nicht nach dem persönlichen Wollen des Einzelnen gefällt werden."

Lehrer Meinolf Padberg: „Es erfüllt uns mit sehr viel Freude und einer großen Zufriedenheit, die Schüler so aktiv und hochmotiviert zu sehen. Sie spüren ihre Selbstwirksamkeit und fühlen sich ernst genommen. Dieses Konzept der Jugendförderung ist für uns zentral: die individuellen Stärken jedes Einzelnen zu erkennen und demokratische Kompetenzen auf vielen Ebenen zu entwickeln. Dabei ist es uns wichtig, die Kinder und Jugendlichen in ihrem Engagement nur zu begleiten, ihnen zur Seite zu stehen, aber so wenig wie möglich einzugreifen."

FOTOS LINKE SEITE: Meinolf Padberg / Möhnesee-Schule, Petra Krimphove / Aktive Bürgerschaft. FOTO RECHTE SEITE: David Ausserhofer

MEINUNG

Vereinte Kräfte

Demokratie braucht Zivilgesellschaft

von Bernhard Weßels

Wenn die Demokratie in Probleme gerät, ist der Ruf nach den Heilkräften der Zivilgesellschaft zu hören. Das kommt nicht ganz unberechtigt, ist gleichzeitig aber auch eine Überforderung und Überfrachtung der Zivilgesellschaft mit Erwartungen, die häufig auf mehrere Dimensionen gleichzeitig gerichtet sind.

Da gibt es die Erwartung, dass die Zivilgesellschaft als Artikulationsforum und Frühwarnsystem Wünsche, Bedürfnisse und wahrgenommene Defizite als Input für die Politik liefert, um dieser den richtigen Weg zu weisen. Dem zivilgesellschaftlichen Engagement wird die Verantwortung für die politische Integration und Teilhabemöglichkeit der Menschen zugeschrieben. Die Erziehung und Herausbildung bürgerschaftlicher Tugenden, das Lernen von Beteiligung und Artikulation, die Anerkennung der Gegenüber, all das sollen Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement, zum Beispiel auch von Bürgerstiftungen oder Schulprojekten, leisten.

Diese Aspekte betreffen den Input in Politik und Gesellschaft – politische Partizipation – und die Befähigung zur Produktion solcher Inputs. Vom zivilgesellschaftlichen Engagement werden aber auch Outputs, also Leistungen, erwartet. Die Zivilgesellschaft als Leistungsorganisation ist ein zentraler und unabdingbarer Bestandteil unserer Gesellschaft – von der Altenhilfe über die freiwillige Feuerwehr, den Sport, die Umwelt zu Wohlfahrtsverbänden und den Zukunftstagen. Aktivitäten von A bis Z. Überall ist die Zivilgesellschaft nicht nur gefragt, sondern unabdingbar, um zentrale kulturelle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben für die Gesellschaft zu erfüllen und eine Leistungsstruktur aufrechtzuerhalten, ohne die letztendlich auch demokratisches Zusammenleben nicht möglich wäre.

Diese Erwartungen an die Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement haben eine Perspektive ausschließlich auf die positiven, Demokratie stützenden oder sogar fördernden Eigenschaften. Wir wissen, dass es auch eine dunkle Seite der Zivilgesellschaft geben kann, Deutschland hat das historisch erlebt. Es ist daher grundsätzlich Vorsicht angebracht, Zivilgesellschaft und Demokratie gleichzusetzen. Allerdings kann eben auch festgehalten werden, dass es Demokratie nicht ohne Zivilgesellschaft geben kann.

Bleiben wir bei der positiven Ausprägung von Zivilgesellschaft, sollte der Blick erlaubt sein, wie voraussetzungsvoll die Erwartungen an zivilgesellschaftliches Engagement eigentlich sind. Es ist banal, aber nicht ohne Implikationen: Zivilgesellschaftliches Engagement braucht Ressourcen – Zeit, Geld und Intelligenz. Angewandt auf die Inputseite ist aber festzustellen, dass die gesellschaftlichen Bedingungen nicht eine Teilhabe für alle in gleicher Weise ermöglichen, sondern ökonomisch induzierte Ungleichheit auch zu ungleichen Beteiligungschancen beiträgt. Angewandt auf die Leistungsseite der Zivilgesellschaft: Sie kann die Struktur nicht allein stemmen, sondern bedarf dafür der Unterstützung.

Die Politik, der Staat und die ressourcenreichen Akteure der Gesellschaft wie Unternehmen sind für die Zivilgesellschaft in gleicher Weise verantwortlich wie die Zivilgesellschaft für die Demokratie. Die Voraussetzungen der Zivilgesellschaft erhalten – also gleiche Chancen für Einzelne und Ressourcen für das Engagement gewährleisten: Das kann zivilgesellschaftliches Engagement ohne Unterstützung nicht.

Prof. Dr. Bernhard Weßels ist Politikwissenschaftler und forscht am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung.

▸ Mai 2019, Förderpreis Aktive Bürgerschaft, Die Laudatorinnen Ilka Brecht, ChrisTine Urspruch, Diana Kinnert, Marija Kolak (v.l.n.r.) würdigen die Preisträger.
▾ Bandmitglied „The Berlin Brass Connection“

Austauschen, netzwerken

FOTOS: Werner Kissel, Kai Bienert, Boris Hajdukovic, Kirsten Haarmann, Ralf Emmerich

▲ September 2018, der Stiftungsrat tagt und besucht den Kunstsammler Dr. Stefan Haupt (Foto links). Rechts: Dr. Stefan Nährlich und Dr. Peter Hanker, Vorstandsvorsitzenden der Aktiven Bürgerschaft

▲ Februar 2019, Jurysitzung Förderpreis Aktive Bürgerschaft: Dr. Paul Albert Deimel, Prof. Dr. Tanja Klenk, Prof. Dr. Annette Zimmer (v.l.n.r.)

◂ Herbst 2018, Netzwerken bei den Regionalforen Bürgerstiftungen

▸ November 2018, Stiftungsratsvorsitzender Dr. Cornelius Riese und NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer an der Lise-Meitner-Gesamtschule in Köln, im Gespräch mit Schülern

Bei der Aktiven Bürgerschaft trafen sich das Jahr über engagierte Menschen zum Austausch, um voneinander zu lernen, zu diskutieren und um Engagement zu feiern: Bei den Regionalforen für Bürgerstiftungen, beim Bürgerfest des Bundespräsidenten, beim Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2019, in den Kreativwerkstätten für Lehrer und Schulsozialarbeiter, bei der Aktion für den hunderttausendsten sozialgenial-Teilnehmer in Hamm und vielen weiteren Anlässen.

www.aktive-buergerschaft.de/termine

Katja Hartmann, Veranstaltungs-Managerin:
katja.hartmann@aktive-buergerschaft.de
030 2400088-17

▲ Mai 2018, Schülerinnen des Elisabeth-Lüders-Berufskollegs feiern 100.000 sozialgenial-Teilnehmer.

▾ November 2018, Schüler der Lise-Meitner-Gesamtschule

▾ September 2018, Bürgerfest des Bundespräsidenten

JAHRESBERICHT

2018

Zehn Punkte zur Transparenz über die Stiftung

1. Name, Sitz, Anschrift und Gründungsjahr

Stiftung Aktive Bürgerschaft, Berlin
Reinhardtstraße 25, 10117 Berlin

Gründungsjahr: 2014
Vorläuferorganisation: Aktive Bürgerschaft e. V., 1997

2. Vollständige Satzung sowie Angaben zu den Zielen unserer Organisation

Satzung in der von der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz Berlin (Stiftungsaufsicht) anerkannten Fassung vom 10. Dezember 2014. Zum Herunterladen unter www.aktive-buergerschaft.de/satzung.

Selbstverständnis der Stiftung Aktive Bürgerschaft

Unsere Vision: Die Aktive Bürgerschaft engagiert sich für eine gerechte und leistungsfähige Bürgergesellschaft.

Gerecht, weil sie breiten Bevölkerungsschichten über die Institutionen der parlamentarischen Demokratie hinaus gesellschaftliche Mitgestaltung und Teilhabe bietet. Leistungsfähig, weil sie Ressourcen für das Gemeinwohl bereitstellt und Kräfte zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen freisetzt.

Unsere Mission: Wir wollen bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen nachhaltig stärken.

Dabei sind für uns vor allem die Eigenständigkeit und die Wirkungsfähigkeit bürgerschaftlichen Engagements und gemeinnütziger Organisationen von Bedeutung.

1. Engagementstrukturen auf- und ausbauen: Bürgerstiftungen ermöglichen es breiten Bevölkerungsschichten, Stifter zu werden. Sie können nachhaltig das Eigenkapital der Bürgergesellschaft stärken und fördern gemeinnützige Projekte und Organisationen vor Ort. Bürgerstiftungs-Programm mitStiften: Wir unterstützen bundesweit die mehr als 400 Bürgerstiftungen bei Managementaufgaben, Projekten und der Gewinnung von Stiftern und Aktiven.

2. Engagementbereitschaft wecken und fördern: Service Learning in Schulen erreicht herkunftsunabhängig und frühzeitig junge Menschen und kann nachhaltig das Interesse und die Bereitschaft für Bürgerengagement wecken. Service-Learning-Programm sozialgenial: Wir unterstützen landesweit in Nordrhein-Westfalen und Hessen in über 770 weiterführenden Schulen Service-Learning-Projekte, die Bürgerengagement und Unterricht verbinden.

3. Engagementkompetenz weiterentwickeln: Corporate Citizenship verbindet gesellschaftlichen Nutzen mit betrieblichen Vorteilen und kann dazu beitragen, Unternehmen und Banken zu starken Partnern engagierter Bürger und gemeinnütziger Organisationen zu machen. Corporate-Citizenship-Programm VR engagiert: Wir sind bundesweit Ideen- und Impulsgeber für das gesellschaftliche Engagement von mehr als 800 Genossenschaftsbanken und deren mittelständischen Partnern.

4. Engagementpolitik mitgestalten: Unser Verständnis von Bürgergesellschaft weist Staat und Politik eine ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe zu. Sie soll in kritisch-konstruktivem Dialog mit Personen und Institutionen der Bürgergesellschaft stattfinden. Bürgergesellschaft-Programm bürgerAktiv: Wir informieren bundesweit mehr als 20.000 Fach- und Führungskräfte in Gesellschaft, Politik, Staat, Wirtschaft und Wissenschaft regelmäßig über wichtige Ereignisse und neue Erkenntnisse.

Aktive Bürgerschaft: Gutes besser tun! Wir machen innovative Engagementkonzepte praxistauglich und setzen sie mit Partnern bundes- oder landesweit um.

Die gemeinnützige Stiftung Aktive Bürgerschaft ist das Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken Raiffeisenbanken. Die Stiftung steht unter der Schirmherrschaft des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Wir arbeiten vornehmlich operativ in eigenen Programmen.

Unser Handeln orientiert sich an den genossenschaftlichen Werten der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Wir arbeiten ohne öffentliche Zuwendungen und sind parteipolitisch neutral. Mit dem EU-Programm „Aktive Bürgerschaft“ stehen wir in keinem Zusammenhang.

3. Name und Funktion der Mitglieder der Gremien

3.1 Stiftungsrat (31.12.2018)

Dr. Cornelius Riese
Vorsitzender des Stiftungsrates. Geborenes Mitglied. Co-Vorstandsvorsitzender der DZ BANK AG

Prof. Dr. Annette Zimmer
Stellv. Vorsitzende des Stiftungsrates. Persönliches Mitglied. Professorin an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Ralf W. Barkey
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbandes – Verband der Regionen e. V.

Werner Böhnke
Geborenes Mitglied (bis 12.09.2018). Ehem. stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der DZ BANK AG

Alexander Boldyreff
Geborenes Mitglied (bis 31.3.2019). Ehem. Vorstandsvorsitzender der TeamBank AG

Prof. Dr. Helge Braun
Persönliches Mitglied. MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts

Dr. Alexander Büchel
Geborenes Mitglied. Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V.

Stephan-Andreas Casdorff
Persönliches Mitglied. Herausgeber Der Tagesspiegel

Dr. Paul Albert Deimel
Persönliches Mitglied. Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Druck und Medien e.V.

Peter Erlebach
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender des Deutschen Genossenschafts-Verlages eG

Johannes Freundlieb
Geborenes Mitglied. Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Weser-Ems e.V.

Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz
Persönliches Mitglied. Professor an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Jürgen Gießler
Geborenes Mitglied. Mitglied des Vorstandes der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Dr. Roman Glaser
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.

Theophil Graband
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender VR-Leasing AG

Stephanie Hackelsberger
Persönliches Mitglied (seit 09.09.2019).
Stellv. Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Hellweg-Region

Dr. Louis Hagen
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender der Münchener Hypothekenbank eG

Prof. Dr. Gisela Jakob
Persönliches Mitglied. Professorin an der Hochschule Darmstadt

Susanne Kessen
Persönliches Mitglied. Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Schwäbisch Haller Bürgerstiftung

Prof. Dr. Tanja Klenk
Persönliches Mitglied. Professorin an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg

Prof. Dr. Winfried Kluth
Persönliches Mitglied. Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Marija Kolak
Geborenes Mitglied. Präsidentin des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Frank M. Mühlbauer
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender der TeamBank AG

Peter Müller
Persönliches Mitglied. Richter am Bundesverfassungsgericht

Prof. Dr. Paul Nolte
Persönliches Mitglied. Professor an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Heribert Prantl
Persönliches Mitglied. Autor und Kolumnist Süddeutsche Zeitung

Hans Joachim Reinke
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender der Union Asset Management Holding AG

Dr. Georg Reutter
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender der DZ HYP AG

Jan Röder
Persönliches Mitglied. Mitglied des Vorstandes der Volksbank Halle (Saale) eG

Dr. Norbert Rollinger
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzender der R+V Versicherung AG

Peter Schirmbeck
Geborenes Mitglied (seit 15.01.2019). Vorstandsvorsitzender der DZ PRIVATBANK S.A

Reinhard Schlottbom
Persönliches Mitglied. Vorstandsvorsitzender der PSD Bank Westfalen-Lippe eG

Dr. Stefan Schwab
Geborenes Mitglied (bis 15.01.2019). Ehem. Vorstandsvorsitzender der DZ PRIVATBANK S.A.

PD Dr. Rudolf Speth
Persönliches Mitglied. Politikwissenschaftler, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Jörg Staff
Geborenes Mitglied. Vorstandsmitglied der Fiducia & GAD IT AG

Katja Suding
Persönliches Mitglied. MdB und stellv. Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei

Claus-Dieter Toben
Geborenes Mitglied (bis 12.09.2018). Ehem. stellv. Vorstandsvorsitzender der Fiducia & GAD IT AG

Prof. Dr. Michael Vilain
Persönliches Mitglied. Professor an der Evangelischen Hochschule Darmstadt

Inge Weise
Persönliches Mitglied. Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Nürnberg

Manfred Wortmann
Persönliches Mitglied (bis 11.09.2019). Kuratoriumsvorsitzender der Bürgerstiftung Hellweg-Region

Dr. Yvonne Zimmermann
Geborenes Mitglied. Vorstandsvorsitzende der Akademie Deutscher Genossenschaften e.V.

3.2 Stiftungsvorstand (31.12.2018)

Dr. Peter Hanker
Vorstandsvorsitzender. Sprecher des Vorstandes der Volksbank Mittelhessen eG

Dr. Alfred Locklair
Stellv. Vorstandsvorsitzender (bis 12.09.2018). Geschäftsführer der DZ Immobilien + Treuhand GmbH

Dr. Holger Backhaus-Maul
Fachgebietsleiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Willem Buesink
Leiter Bereich Politik und Gesellschaft bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Dr. Klaus Möller
Abteilungsleiter beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Michael Sauer
Leiter der Vertriebsdirektion Nord der R+V Versicherung AG

Dr. Kirsten Siersleben
(Seit 12.09.2018). Leiterin des Generalsekretariats der DZ BANK AG und Geschäftsführerin der DZ BANK Stiftung

Günter Vogt
Stellv. Vorstandsvorsitzender der VerbundVolksbank OWL eG

4.

Personalstruktur

Die Stiftung Aktive Bürgerschaft unterhält eine Geschäftsstelle in der Reinhardtstraße 25 in 10117 Berlin. Die Stiftung hat zum 31.12.2018 insgesamt 14 hauptamtliche Mitarbeiter auf 10 vollzeitäquivalenten Stellen beschäftigt.

Dr. Stefan Nährlich
Geschäftsführer
E-Mail: stefan.naehrlich@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-11; Fax -19

Joachim Bicheler
Programm-Manager Service Learning (bis 31.12.2018)
E-Mail: joachim.bicheler@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-25; Fax -19

Christiane Biedermann
Leiterin Weiterbildung
E-Mail: christiane.biedermann@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-12; Fax -19

Caroline Deilmann
Programm-Managerin Service Learning
E-Mail: caroline.deilmann@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-18; Fax -19

Denisa-F. Dudas
Programm-Managerin Service Learning
(seit 01.07.2019)
E-Mail: denisa.dudas@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-25; Fax -19

Dr. Jörg Ernst
Programm-Leiter Service Learning
E-Mail: joerg.ernst@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-13; Fax -19

Ayşe Gökmenoğlu
Grafik-Managerin
E-Mail: ayse.goekmenoglu@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-0; Fax -19

Katja Hartmann
Veranstaltungs-Managerin
E-Mail: katja.hartmann@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-17; Fax -19

Bernadette Hellmann
Programm-Leiterin Bürgerstiftungen
E-Mail: bernadette.hellmann@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-14; Fax -19

Ines Kleemann
Office-Managerin (bis 14.08.2019)
E-Mail: ines.kleemann@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-0; Fax -19

Ljuba Kuhn
Office-Managerin
(seit 06.08.2019)
E-Mail: ljuba.kuhn@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-0; Fax -19

Jutta Lindhorst
Office-Assistentin
E-Mail: jutta.lindhorst@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-24; Fax -19

Michael Neumann
Office-Assistent
E-Mail: michael.neumann@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-24; Fax -19

Jonas Rugenstein
Programm-Manager Umfragen und Analysen
E-Mail: jonas.rugenstein@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-15; Fax -19

Regina Sommerfeld
Programm-Managerin
E-Mail: regina.sommerfeld@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-26; Fax -19

Gudrun Sonnenberg
Redaktionsleiterin bürgerAktiv
E-Mail: gudrun.sonnenberg@aktive-buergerschaft.de
Telefon: 030 2400088-16; Fax -19

FOTOS: Julia Grossi, Linda Fittante, Ralf Emmerich / Aktive Bürgerschaft

5.

Tätigkeitsbericht

Den Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks 2018 und den geprüften Jahresabschluss 2018 hat der Stiftungsrat auf seiner Sitzung am 11. September 2019 entgegengenommen und genehmigt.

6.

Angaben zur Steuerbegünstigung

Die Arbeit der Stiftung Aktive Bürgerschaft ist wegen der Förderung der Volks- und Berufsbildung und weiterer Zwecke nach § 52 der Abgabenordnung als gemeinnützig anerkannt. Die Feststellung der Gemeinnützigkeit erfolgte mit Bescheid vom 19. Oktober 2017 durch das Finanzamt für Körperschaften I Berlin. Die Steuernummer lautet 27/605/53851. Die Stiftung Aktive Bürgerschaft ist berechtigt, für Spenden, die ihr zur Verwendung für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden, Zuwendungsbestätigungen nach dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck auszustellen.

7.

Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit und Mitgliedschaften

Die Stiftung Aktive Bürgerschaft ist ideeller Gesellschafter der Phineo gAG. Die Stiftung ist Mitglied der Berliner Volksbank eG, im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, im Bundesverband Deutscher Stiftungen, in der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, im Stiftungsnetzwerk Berlin und in der Worldwide Initiatives for Grantmaker Support.

8.

Prüfung und Kontrolle der Mittelverwendung

Die Mitglieder des Stiftungsrates haben in ihrer Sitzung am 12. September 2018 die DGR Deutsche Genossenschafts-Revision Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH, Bonn, zum Wirtschaftsprüfer für das Jahr 2018 gewählt.

Der Prüfungsbericht der DGR bestätigt mit Datum vom 13. Juni 2019, dass die Buchführung, die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung sowie die Vermögensrechnung der Stiftung Aktive Bürgerschaft den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung entsprechen. Die Prüfung der Erhaltung des Stiftungsvermögens und der satzungsgemäßen Verwendung der Mittel der Stiftung hat keine Einwendungen ergeben.

Die Stiftung Aktive Bürgerschaft wendet mit Vorstandsbeschluss vom 20. April 2015 die Grundsätze guter Stiftungspraxis des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen für effektives und uneigennütziges Stiftungshandeln an.

9.

Namen von juristischen oder natürlichen Personen, deren jährliche Zahlungen mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausmachen

Einzelzuwendungen, die über 10 Prozent der gesamten Jahreseinnahmen ausmachen, kamen 2018 von der DZ BANK und dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken.

10.

Angaben zur Mittelherkunft und zur Mittelverwendung sowie zum Vermögen

Einnahmen-Überschuss-Rechnung 1.1. – 31.12.2018

In EUR	31.12.2018	31.12.2017
A. IDEELLER BEREICH		
I. Erträge	**621.083,30**	**696.040,51**
Spendeneinnahmen	479.147,40	523.613,17
Sponsoringeinnahmen	139.084,11	172.000,00
Sonstige Einnahmen	2.851,79	427,34
II. Aufwendungen	**723.627,30**	**835.868,52**
Löhne und Gehälter	386.409,84	384.607,93
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	82.830,23	68.963,65
Mieten für Büro und Veranstaltungen	73.992,90	117.345,39
Nebenkosten für Büro und Veranstaltungen	27.849,57	33.899,72
Bewirtungskosten	17.285,94	10.586,53
Reisekosten	11.965,37	29.188,21
Zuwendungen an gem. Organisationen	750,00	42.000,00
Druckkosten	18.734,39	47.651,59
Telekommunikation/Internet	10.093,21	29.656,73
Rechtsberatung, Steuerberatungs- und Buchführungskosten	11.311,99	46.635,64
Werbe- und Repräsentationskosten	32.512,91	14.365,94
Sonstige Kosten	44.317,96	4.254,20
Abschreibungen	5.572,99	6.712,99
Ergebnis ideeller Bereich	**-102.544,00**	**-139.828,01**
B. VERMÖGENSVERWALTUNG		
I. Erträge	18.577,77	2.964,02
II. Aufwendungen	5.287,83	0,01
Ergebnis der Vermögensverwaltung	13.289,94	2.964,01
Jahresüberschuss	**-89.254,06**	**-136.864,00**
C. VERÄNDERUNGEN KAPITAL/RÜCKLAGEN		
Veränderung Betriebsmittelrücklage	-89.254,06	-136.864,00
Veränderung anderer Rücklagen	0,00	0,00
Ergebnis	**0,00**	**0,00**

Vermögensübersicht zum 31.12.2018

In EUR	31.12.2018	31.12.2017
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.884,00	389,00
II. Sachanlagen	15.905,00	19.576,00
III. Finanzanlagen	4.368,00	3.848,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Sonstige Vermögensgegenstände	12.637,93	13.273,84
II. Wertpapiere	97.462,30	101.689,92
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	124.946,71	208.681,24
Summe Aktiva	**258.203,94**	**347.458,00**
A. EIGENKAPITAL		
I. Stiftungskapital	100.000,00	100.000,00
II. Rücklagen	158.203,94	247.458,00
III. Ergebnis	0,00	0,00
Summe Passiva	**258.203,94**	**347.458,00**

Hauptförderer:

Akademie Deutscher Genossenschaften ADG e.V. | Bausparkasse Schwäbisch Hall AG | Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. | Deutscher Genossenschafts-Verlag eG | DZ HYP AG | DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank | DZ PRIVATBANK S.A. | Fiducia & GAD IT AG | Münchener Hypothekenbank eG | R+V Versicherung AG | TeamBank AG | Union Asset Management Holding AG | VR-LEASING AG

Förderer:

Bensberger Bank eG, Berliner Volksbank eG, Brandenburger Bank eG, Dortmunder Volksbank eG, Emsländische Volksbank eG, Frankfurter Volksbank eG, Märkische Bank eG , Mendener Bank eG, PSD Bank Westfalen-Lippe eG, Raiffeisenbank eG Großenlüder, Raiffeisenbank Kaarst eG, Raiffeisenbank eG Lauenburg, Raiffeisenbank im Oberland eG, Sylter Bank eG, VerbundVolksbank OWL eG, Volks- und Raiffeisenbank eG Wismar, Volksbank Allgäu-Oberschwaben eG, Volksbank Breisgau-Markgräflerland eG, Volksbank Brilon-Büren-Salzkotten eG, Volksbank Darmstadt-Südhessen eG, Volksbank Dreiländereck eG, Volksbank eG Gera Jena Rudolstadt, Volksbank eG Mosbach, Volksbank eG Waltrop, Volksbank eG Wolfenbüttel, Volksbank Elsterland eG, Volksbank Halle Saale eG, Volksbank Hameln-Stadthagen eG, Volksbank Kirchheim-Nürtingen eG, Volksbank Koblenz Mittelrhein eG, Volksbank Köln Bonn eG, Volksbank Laichinger Alb eG, Volksbank Mittelhessen eG, Volksbank Pforzheim eG, Volksbank Raiffeisenbank eG Greifswald, Volksbank Raiffeisenbank Rosenheim-Chiemsee eG, Volksbank Raiffeisenbank Würzburg eG, Volksbank Rathenow eG, Volksbank Ruhr Mitte eG, Volksbank Stuttgart eG, Volksbank Ulm-Biberach eG, VR Bank eG, VR Bank Tübingen eG, VR Bank Westmünsterland eG, VR PLUS Altmark-Wendland eG, VR-Bank Nordeifel eG, Westerwald Bank eG, Wiesbadener Volksbank eG.

Fünf Punkte zur Arbeit und Wirkung der Stiftung

Als gemeinnützige Stiftung ist die Aktive Bürgerschaft einerseits der sparsamen Wirtschaftsführung verpflichtet und bestrebt, die von Stiftern und Spendern zur Verfügung gestellten Mittel für die Verfolgung der ideellen Zwecke einzusetzen und die Verwaltungskosten gering zu halten. Andererseits will die Stiftung nicht nur faktentransparent sein, sondern auch Einblicke in ihre Arbeitsweise geben und dabei – so weit wie möglich – die Wirkungsorientierung berücksichtigen. Damit Aufwand und Nutzen der Berichterstattung in einem angemessenen Verhältnis stehen, greifen wir in dem Jahresbericht jeweils eine Maßnahme aus einem Programmbereich heraus.

1.

Die Stiftung Aktive Bürgerschaft als Kompetenzzentrum und Support-Organisation

Als Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken Raiffeisenbanken nimmt die Stiftung Aktive Bürgerschaft eine Spezialistenrolle in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe wahr. Die Stiftung bündelt Fachwissen und Erfahrung, Kontakte und Netzwerke, um andere Menschen oder Organisationen in ihrem gemeinnützigen Engagement zu unterstützen. International bezeichnet man solche Institutionen auch als Support-Organisationen. Die Aktive Bürgerschaft leistet Support, also Unterstützung, durch lösungsorientierte Maßnahmen in ihren vier Programmbereichen. Dabei sind die Bereiche Bürgerstiftungen und Service Learning die operativ größten Programme. Sie wurden 2002 und 2009 eingerichtet, um diese innovativen Engagementkonzepte praxistauglich zu machen und sie mit Partnern bundes- oder landesweit umzusetzen. Partner sind für die Stiftung dabei sowohl diejenigen Menschen und Organisationen, deren Engagement wir unterstützen (Zielgruppen), als auch diejenigen, welche die Arbeit der Stiftung Aktive Bürgerschaft ermöglichen oder weiter stärken (Förderer). Dabei wirken wir subsidiär und meist im Hintergrund. Die lösungsorientierten Maßnahmen der Stiftung Aktive Bürgerschaft konzentrieren sich auf vier Felder. Die Stiftung

- berät und unterstützt ihre Zielgruppen,
- informiert ihre Zielgruppen über wichtige Entwicklungen,
- schafft öffentliche Aufmerksamkeit und stärkt die Reputation ihrer Zielgruppen,
- mobilisiert finanzielle und personelle Ressourcen für ihre Zielgruppen.

Als Kompetenzzentrum und Support-Organisation wollen wir so dazu beitragen, dass Gutes besser getan wird.

2.

Die Arbeit der Stiftung im Programmbereich Bürgerstiftungen

Ihren heutigen Programmbereich Bürgerstiftungen hat die Aktive Bürgerschaft im Jahr 2002 aufgebaut und dabei vorhandene Aktivitäten ausgebaut. Bürgerstiftungen ermöglichen es breiten Bevölkerungsschichten, Stifter zu werden. Sie können nachhaltig das Eigenkapital der Bürgergesellschaft stärken und fördern gemeinnützige Projekte und Organisationen vor Ort. Durch den Programmbereich Bürgerstiftungen unterstützt die Stiftung Aktive Bürgerschaft bundesweit die über 400 Bürgerstiftungen bei Managementaufgaben, Projekten und der Gewinnung von Stiftern und Aktiven.

Zum bundesweiten Auf- und Ausbau von Engagementstrukturen (capacity building) in Form von Bürgerstiftungen

- berät und unterstützt die Stiftung Aktive Bürgerschaft ehrenamtliche Organmitglieder und hauptamtliche Fach- und Führungskräfte aus Bürgerstiftungen,
- informiert sie Ehren- und Hauptamtliche aus Bürgerstiftungen, Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit über wichtige Entwicklungen,
- schafft die Stiftung öffentliche Aufmerksamkeit für die Bürgerstiftungen und trägt zur Stärkung ihrer Reputation bei,
- mobilisiert die Aktive Bürgerschaft mittelbar und unmittelbar finanzielle und personelle Ressourcen für Bürgerstiftungen.

Die Maßnahmen im Überblick und mit kurzen Erläuterungen:

2.1 Beratung und Unterstützung

2.1.1 Gründungs- und Managementberatung: Die Aktive Bürgerschaft berät Privatpersonen und Unternehmen bei der Gründung und beim Management von Bürgerstiftungen. Die Beratung erfolgt per Telefon und durch E-Mail, durch persönliche Beratungen vor Ort sowie durch Ratgeberbroschüren und Praxishilfen.

2.1.2 Online Community CampusAktiv: Die Aktive Bürgerschaft betreibt ein Portal für den Erfahrungs- und Wissensaustausch unter den Bürgerstiftungen. Moderiert durch die Stiftung können sich Gremienmitglieder und Aktive aus Bürgerstiftungen online untereinander austauschen, auf Praxishilfen zugreifen und sich mit Fragen an die Aktive Bürgerschaft wenden.

2.1.3 Workshops und Weiterbildungen: Die Aktive Bürgerschaft führt Workshops zu verschiedenen Managementthemen mit einzelnen Bürgerstiftungen durch und bietet Weiterbildungsseminare für Gremienmitglieder von Bürgerstiftungen an.

2.1.4 Regionalforen Bürgerstiftungen: Die Aktive Bürgerschaft bietet den Bürgerstiftungen in Deutschland mit mehreren regionalen Veranstaltungen jährlich eine Möglichkeit des ortsnahen Erfahrungsaustausches und der Vernetzung miteinander an.

2.2 Information

2.2.1 Direktmailings: Mit aufgaben- und zielgruppenorientierten Mailings informiert die Stiftung Aktive Bürgerschaft monatlich speziell Vorstände, Stiftungsräte und Kuratoren in den Bürgerstiftungen gezielt über Neues und Wichtiges.

2.2.2 Report Bürgerstiftungen: Für den Report Bürgerstiftungen erhebt die Aktive Bürgerschaft jährlich seit 2006 Schlüsseldaten der finanziellen Entwicklung aller Bürgerstiftungen in Deutschland. Zusätzlich werden Sonderumfragen durchgeführt. Bestandteil des Reports sind der Bürgerstiftungs-Benchmark und die Fundraising-Potenzial-Analyse für jede Bürgerstiftung.

2.2.3 Bürgerstiftungsfinder: Mit dem Internet-Verzeichnis Bürgerstiftungsfinder hat die Aktive Bürgerschaft 2006 das deutsche Pendant zum angelsächsischen Community Foundation Finder entwickelt. Er enthält die Kontaktadressen, Finanzdaten und andere Informationen zu fast allen Bürgerstiftungen in Deutschland, erlaubt die Suche nach den nächsten Bürgerstiftungen und die Möglichkeit der gezielten Kontaktaufnahme für Stifter, Spender und Ehrenamtliche.

2.3 Aufmerksamkeit schaffen, Reputation stärken

2.3.1 Förderpreis Aktive Bürgerschaft: Mit dem Förderpreis würdigt die Aktive Bürgerschaft in der Kategorie „Bürgerstiftungen“ das Engagement der Bürgerstiftungen für unsere Gesellschaft und fördert das Voneinander-Lernen unter den Bürgerstiftungen. Außerdem soll er weitere Menschen und Institutionen anregen, sich mit Bürgerstiftungen für ihre Stadt oder ihre Region zu engagieren.

2.3.2 Fachartikel und wissenschaftliche Publikationen: Durch regelmäßige Artikel und Beiträge in renommierten Branchenmagazinen, Tagungs- und Sammelbänden trägt die Aktive Bürgerschaft zur fachlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Bürgerstiftungen bei.

2.3.3 Lobbying: Die Stiftung Aktive Bürgerschaft setzt sich durch Informationen, in Gesprächen und Anhörungen für die Einhaltung der „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“ ein. Bürgerstiftung soll ein Markenbegriff sein. Zudem nimmt die Aktive Bürgerschaft Stellung zu stiftungsrechtlichen und regulatorischen Entwicklungen.

2.4 Mobilisierung von Ressourcen

2.4.1 Kampagne Bürgerstiftungen: Die Aktive Bürgerschaft unterstützt und begleitet bundesweit das Engagement der Genossenschaftsbanken für Bürgerstiftungen. Im Jahr 2002 hat der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) seine Mitglieder zu einem verstärkten Engagement aufgerufen.

2.4.2 Information potenzieller Stifter: Durch Broschüren und Vorträge, Artikel und Medienberichte informiert die Stiftung Aktive Bürgerschaft bundesweit potenzielle Stiftergruppen über das Konzept der Bürgerstiftung und weist auf praktische Möglichkeiten des Engagements hin. (Siehe auch oben, Bürgerstiftungsfinder.)

2.4.3 Porträts engagierter Stifter: Die Aktive Bürgerschaft erstellt für Online- und Printmedien Portraits engagierter Stifter aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands sowie aus verschiedenen Berufsgruppen. Über solche Testimonials sollen weitere potenzielle Stifterinnen und Stifter erreicht werden.

3. Beispiel: Regionalforen für Bürgerstiftungen

Die Regionalforen für Bürgerstiftungen sind regionale Veranstaltungen, die die Stiftung Aktive Bürgerschaft jährlich im Herbst für Gremienmitglieder, Ehren- und Hauptamtliche aus Bürgerstiftungen anbietet. Die Teilnehmer diskutieren relevante Fragen ihrer Stiftungsarbeit, tauschen Erfahrungen aus, lernen voneinander und erhalten neue Anregungen für ihr Engagement.

Die Stiftung Aktive Bürgerschaft richtet die Regionalforen am Bedarf der Bürgerstiftungen aus. Das erste Regionalforum entstand 2003 auf Wunsch mehrerer Bürgerstiftungen nach ortsnahem Austausch. Seither wurde das Konzept konstant weiterentwickelt. Heute bietet die Stiftung Aktive Bürgerschaft vier Regionalforen im Süden, Westen, Norden und in der Mitte Deutschlands an, damit eine Teilnahme für alle Bürgerstiftungen mit einem akzeptablen Zeit- und Kostenaufwand möglich ist. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos. Die Regionalforen sind eintägige Veranstaltungen (12.30 bis 17.30 Uhr).

Eingeladen werden alle Bürgerstiftungen bundesweit. Sie können im Vorfeld ihre Themenwünsche äußern und sich aktiv einbringen. Jährlich wirken insgesamt ca. 30 Aktive aus den Bürgerstiftungen an Thementischen oder in Diskussionen mit. Die Themen sind bei allen Regionalforen in jedem Jahr identisch, die Mitwirkenden regional unterschiedlich.

Die Regionalforen sind eng mit den anderen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Programmbereich Bürgerstiftungen verbunden und befruchten sich gegenseitig. Sie dienen dem Austausch, der Vernetzung und dem Voneinander-Lernen der Bürgerstiftungen untereinander. Die Teilnehmer können ihr Wissen und ihre Expertise ausbauen, denn im Zentrum stehen zentrale Managementaufgaben (Stiftergewinnung, Gremienentwicklung, Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen oder Vermögensverwaltung) ebenso wie wichtige Themen und Trends, die alle Bürgerstiftungen kennen sollten (wie Niedrigzinsen, die Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung oder die Flüchtlingsarbeit). Durch Best-Practice-Beispiele und Thementische zu Nachlassmarketing, Fundraising oder Stiftungsfonds werden die Bürgerstiftungen regelmäßig bei der Mobilisierung von Ressourcen unterstützt.

4. Wirkungsorientierung: Am Beispiel der Regionalforen für Bürgerstiftungen

Bei der Wirkungsorientierung bzw. Wirkungsmessung geht es der Stiftung Aktive Bürgerschaft um die Frage, ob und inwieweit sie durch ihre Arbeit bzw. einzelne Maßnahmen oder aufeinander abgestimmte Maßnahmenbündel eine (positive) gesellschaftliche Veränderung erreicht. Um hierauf Antworten zu finden, stellen wir zunächst die eingesetzten Ressourcen (Input) und die konkreten Leistungen (Output) am Beispiel der Regionalforen Bürgerstiftungen gegenüber. Danach gehen wir den Veränderungen auf Ebene der Zielgruppe (Outcomes) und auf gesellschaftlicher Ebene (Impact) nach (siehe dazu Kursbuch Wirkung, herausgegeben von Phineo gAG, Berlin).

Wirkungsorientierung bzw. Wirkungsmessung steht stets im Spannungsverhältnis von Aufwand und Nutzen. Die Stiftung Aktive Bürgerschaft verwendet zum einen das Instrument der klassischen Evaluierung. So wurden 2019 alle Teilnehmer der Regionalforen befragt. Darüber hinaus liefern persönliche Gespräche und Beratungen sowie der jährliche Report Bürgerstiftungen wertvolle Hinweise auf den Nutzen für die Zielgruppe.

Als weitere Indikatoren verwenden wir die Anzahl der Teilnehmer sowie der vertretenen Bürgerstiftungen. Als Indikator für die Veränderung bei der Zielgruppe betrachten wir hier die Teilnehmer unseres Regionalforums Bürgerstiftungen West 2014. An ihrer Positionierung als Partner für Stifter lässt sich ablesen, inwieweit die Regionalforen und unsere weitere Unterstützung von den Bürgerstiftungen genutzt werden. Veränderungen auf der gesellschaftlichen Ebene können nicht bezogen auf eine Einzelmaßnahme isoliert betrachtet werden.

Bei den Regionalforen 2014 analysierten die Teilnehmer in einem „Status-Check“, in welchen Aufgabenbereichen ihre Bürgerstiftungen stark waren und wo Handlungsbedarf bestand. Bei allen Regionalforen sahen die Bürgerstiftungen den größten Handlungsbedarf darin, sich besser als Partner für Stifter zu positionieren, z.B. Angebote für Stiftungsfonds und Erbschaften. Besonders groß war der Bedarf beim Regionalforum West: 65% der teilnehmenden Bürgerstiftungen waren laut Selbstbewertung als Partner für Stifter schlecht aufgestellt, 29% mittel und nur 6% bewerteten ihr Angebot an die Zielgruppe als gut.

Bei den Regionalforen wurden gute Beispiele vorgestellt, wie Bürgerstiftungen für Erbschaften und Stiftungsfonds werben können. Die Ergebnisse flossen in die Arbeit der Aktiven Bürgerschaft ein, die die Bürgerstiftungen seit 2014 weiterhin intensiv unterstützt hat, z.B. durch Beratung, Ratgeber, Argumentationshilfen, Muster-Texte für die Website, Muster-Verträge für Stiftungsfonds und gute Beispiele. Heute bieten 62% der Teilnehmer von 2014 potenziellen Stiftern Stiftungsfonds an, 57% machen Angebote rund um das Vererben. Die Maßnahmen reichen von Veranstaltungen über Flyer zu Informationen auf der Website.

Input	Output	Outcome und Impact	
Personalkosten: 15.000 EUR	Anzahl Regionalforen: 4	Ich empfehle die Veranstaltung weiter: 97% stimmen zu Relevante Inhalte wurden vermittelt: 96% stimmen zu Vernetzung und Austausch werden gefördert: 95% stimmen zu	Bewertung Kompetenz als Partner für Stifter: 10/2014 ☹ Schlecht 65% ☺ Mittel: 29% ☺ Gut: 6% 12/2018 ☹ Schlecht: 38% ☺ Mittel bis ☺ Gut: 62%
Reisekosten: 2.300 EUR	Anzahl Teilnehmer: 150		
Veranstaltungskosten: 11.100 EUR (davon 7.000 durch Gastgeber BSH, DZHYP)	Anzahl Bürgerstiftungen: 81		
Gemeinkosten: 6.100 EUR			

5.

Blick hinter die Kulissen der Regionalforen: Richtig viel mitnehmen

Bei den Regionalforen der Aktiven Bürgerschaft treffen sich Engagierte aus Bürgerstiftungen und kommen ins Gespräch. Hier werden die Themen vertieft, die sie in ihrer Arbeit beschäftigen.

Nagold, eine Stadt im Schwarzwald, hätte vielleicht heute kein Bürgerzentrum, gäbe es nicht einen Vorgänger in Landshut, Bayern. Dort nahm 2012 die Bürgerstiftung ein Haus in Betrieb, das den gemeinnützigen Organisationen der Stadt Räume und Unterstützung anbot. Die Nagolder Bürgerstiftung erfuhr davon auf einem Regionalforum Bürgerstiftungen der Stiftung Aktive Bürgerschaft. Hier stellten die Landshuter ihr Projekt vor. Die Nagolder ließen sich inspirieren, knüpften hier Kontakt zu den Landshuter Kollegen und statteten ihnen im Zuge der Vorbereitung einen Besuch ab. Seit 2017 hat nun auch Nagold ein Bürgerzentrum – und die Regionalforen der Aktiven Bürgerschaft haben einmal mehr ihren Zweck erfüllt.

Jedes Jahr im Herbst kommen die Bürgerstiftungen in den Regionen zusammen, damit sie sich kennenlernen, austauschen und vernetzen. Gestartet sind die Regionalforen 2003, als die Aktive Bürgerschaft die Idee einer ostdeutschen Bürgerstiftung für ein Vernetzungstreffen aufgriff. Inzwischen gibt es Foren im Westen, Norden, Süden und Mitte Deutschlands, zu denen die Aktive Bürgerschaft jeweils zusammen mit der ortsansässigen Bürgerstiftung einlädt. So trafen 2018 in Schwäbisch Hall, Münster, Hamburg und Erfurt insgesamt 150 Bürgerstiftungsaktive von 81 Bürgerstiftungen zusammen. Mal mehr, mal weniger – die Aktive Bürgerschaft veranstaltet die Regionalforen bewusst auch in Regionen mit weniger Bürgerstiftungen, denn auch hier sollen diese Form des Engagements gefördert werden. „Wir bieten die Foren vor Ort an, damit jede Bürgerstiftung Gelegenheit zum Austausch in ihrer Nähe hat“, sagt Bernadette Hellmann, Programm-Leiterin Bürgerstiftungen. Das schont die knappe Ressource Zeit der Engagierten. Und, sagt Hellmann: „Wenn die Treffen regional sind, ist es für die Teilnehmer einfach, sich auch im Nachgang wieder zu treffen und zusammenzuarbeiten.“

Austausch ist (fast) alles

Die Kontakte sind ein wichtiger Grund, zu den Treffen zu kommen. Es gibt nicht viele solche Gelegenheiten in Deutschland, und der Wissensdurst vieler Beteiligter ist groß. Projekte erfolgreich managen, Zeitstifter gewinnen, in der Bürgerstiftung die Aufgaben gut aufteilen, das Vermögen richtig anlegen und neue Stifter und Gremienmitglieder werben: So sehen die Herausforderungen aus. Die Aktive Bürgerschaft will, dass die Teilnehmer möglichst viel mitnehmen. Mit am besten helfen können Menschen, die vor der gleichen Aufgabe stehen oder bereits Erfahrungen damit gemacht haben. Die trifft man auf den Regionalforen. „Sehr viel Raum geben wir deshalb der Information, dem Austausch und dem Voneinander-lernen“, sagt Christiane Biedermann, Leiterin Weiterbildung der Aktiven Bürgerschaft.

Bedarf verifizieren

Im ersten Teil jedes Regionalforums geht es um übergeordnete strategische Themen und Trends, die Bürgerstiftungen beschäftigen, die aber in der Alltagsarbeit oft untergehen. 2018 waren das Markenbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Denn die Bürgerstifter hatten immer wieder gefragt, wie sie ihre Stiftung und auch den Begriff der Bürgerstiftung vor Ort bekannter machen könnten. Die Aktive Bürgerschaft verifizierte die Größenordnung des Problems in einer Umfrage und setzte das Thema dann auf die Agenda der Regionalforen, wo der Kommunikationsexperte Stefan Zowislo in das Thema „Marke“ einführte. „Wir setzen den Bürgerstiftungen nicht einfach irgendwas vor, sondern greifen ihre Anliegen auf, geben Impulse, bieten Orientierung und unterstützen bei der späteren praktischen Umsetzung", erklärt Geschäftsführer Dr. Stefan Nährlich das Verfahren.

Dabei spielt der Report Bürgerstiftungen eine wichtige Rolle. Einmal jährlich befragt die Aktive Bürgerschaft die Bürgerstiftungen, mal zu ihren wichtigsten Finanzkennzahlen, mal zu besonderen inhaltlichen oder strategischen Themen. Diese generieren sich oft aus den Diskussionen der Regionalforen. Der Report erhärtet, was dran ist, und die Aktive Bürgerschaft spielt die Ergebnisse dann wieder in die Foren zurück. So nahm der Report 2018 die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen unter die Lupe: Viele Bürgerstiftungen bieten an, in ihren Projekten und in ihrer Stiftungsarbeit mitzumachen, andere bieten zudem Unterstützung an, wenn Menschen mit Ideen zu ihnen kommen und Hilfe bei der Umsetzung suchen. Diese beiden wesentlichen Ergebnisse des Reports stellten Christiane Biedermann und Jonas Rugenstein, Programm-Manager Umfragen und Analysen bei der Aktiven Bürgerschaft, bei den Regionalforen im Herbst 2018 zur Diskussion. Es folgte eine Diskussionsrunde über die Zusammenarbeit von Bürgerstiftungen mit anderen Einrichtungen oder Organisationen.

Datenschutz, Fundraising, Personal

Im zweiten Teil der Foren finden Workshops statt zu Themen, die die Bürgerstiftungen in ihrem Arbeitsalltag beschäftigen. 2018 standen der gerade durch die neue Verordnung verschärfte Datenschutz, Fundraising und die Einstellung hauptamtlichen Personals auf dem Programm. Die Aktive Bürgerschaft hatte die jeweiligen Datenschutzbeauftragten der Bundesländer eingeladen. Sie standen persönlich oder durch ihre Referenten vertreten den Bürgerstiftungen für deren zahlreiche Fragen zur Verfügung. Außerdem gaben Vertreter von Bürgerstiftungen ihre Erfahrungen mit der Beschäftigung Hauptamtlicher und im Fundraising wieder. Das gehört zum Konzept: Rund 30 Aktive sind bei den Regionalforen insgesamt aktiv und gestaltend als Referenten und Moderatoren beteiligt. Die Praktiker sollen zu Wort kommen. Deshalb lädt die Aktive Bürgerschaft auch immer mit der jeweils ortsansässigen Bürgerstiftung zusammen zu den Foren ein und wirbt erfolgreich unter den Bürgerstiftungen, sich aktiv zu beteiligen.

Anerkennung aus der Community

Nicht nur das eingangs genannte Bürgerhaus Landshut, sondern auch Bürgerkollegs oder Konzepte für Erbschaftsmarketing sind auf Regionalforen der Aktiven Bürgerschaft vorgestellt worden – und positiv nachgeahmt worden. Neben denjenigen, die hier eine gute Idee mitnehmen, profitieren auch diejenigen, die sie in die Runde geben, sagt Christiane Biedermann: „Wer hier einen funktionierenden Ansatz vorstellt oder Erfahrungen teilt, bekommt ehrlichen Respekt von den anderen Bürgerstiftern oder aus dem Kreis der Bürgerstiftungen, die es wissen müssen.“ Da es vor Ort meist nur eine Bürgerstiftung gibt, freuen sich viele Teilnehmer über den Austausch mit Gleichgesinnten und deren Wertschätzung, sagt Stefan Nährlich. Bernadette Hellmann: „Die Treffen dienen auch dem Community-Building, sie bestätigen den Teilnehmern, dass sie mit ihrer Entscheidung, sich bei einer Bürgerstiftung zu engagieren, den richtigen Weg eingeschlagen haben.“

In der Rückmeldung der Teilnehmer zu den Foren wird oft der Wunsch laut, neue Bürgerstiftungen und ihre Vertreter kennenzulernen. Die Aktive Bürgerschaft geht dem nach, wenn sie für die Themen der Treffen immer wieder neue Referenten aus den Bürgerstiftungen anfragt. In jüngerer Zeit zeigt sich allerdings eine stärkere Ausdifferenzierung unter den Teilnehmern: Die erfahreneren, größeren Bürgerstiftungen haben deutlich andere Fragen als die „Neulinge“. Bernadette Hellmann gibt ein Beispiel: „Für junge Bürgerstiftungen sind Fundraisingaktionen wie Adventskalender spannend, weil sie so schnell in ihrer Region bekannt werden können. Die Aktiven aus älteren Bürgerstiftungen stehen an einem anderen Punkt. Hier sind Erbschaften und Zustiftungen in Form von Stiftungsfonds wichtige Themen.“

Die Aktive Bürgerschaft wird diesem Bedarf Rechnung tragen. Bei den Foren im Herbst wird es Thementische über effektive Gremienarbeit für Bürgerstiftungen geben, die ausschließlich mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten, und solche für Bürgerstiftungen, die auch hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigen. Auch beim Thema Stiftungsfonds wird zwischen Einsteigern und erfahrenen Bürgerstiftungsvertretern differenziert werden.

Nach den Foren geht es weiter

Nach den Treffen 2018 wurde Material der Datenschutzbeauftragten auf der Plattform CampusAktiv bereitgestellt, das ist das Portal der Aktiven Bürgerschaft für Austausch und Weiterbildung für Bürgerstiftungen. Die Bürgerstiftungen setzten hier den Austausch fort und teilten beispielsweise erfolgreiche Spendenbriefe und einen Leitfaden für Anlass-Spenden miteinander. Zudem fließen die Ergebnisse der Foren in Publikationen und Handreichungen ein, die die Fachleute von der Aktiven Bürgerschaft für Bürgerstiftungen publizieren. 2019 wird ein Ratgeber und Service-Paket dazu erscheinen, wie Bürgerstiftungen über Stiftungsfonds größere Zustiftungen einwerben und mehr vor Ort bewirken können.

Gudrun Sonnenberg

Informieren

Fakten und Trends

Report Bürgerstiftungen 2019

Als lokale Mitmach-Stiftungen haben sich Bürgerstiftungen erfolgreich etabliert: In 410 Städten und Regionen sind sie Partner für bürgerschaftliches Engagement, und sie wachsen weiter. Die neuesten Zahlen zur Entwicklung der Bürgerstiftungen liefert der Report Bürgerstiftungen 2019 der Aktiven Bürgerschaft.

www.aktive-buergerschaft.de/reportbuergerstiftungen

Alle Publikationen der Aktiven Bürgerschaft:

www.aktive-buergerschaft.de/shop

Informationen über Bürgerstiftungen:

Wie und wo kann ich mitmachen?

www.aktive-buergerschaft.de/buergerstiftungen
www.buergerstiftungsfinder.de

Weiterbildung für Bürgerstiftungen:

www.aktive-buergerschaft.de/weiterbildung

Service Learning in Schulen:

„sozialgenial – Schüler engagieren sich“ ist das Service-Learning-Programm der Aktiven Bürgerschaft

www.sozialgenial.de
www.aktive-buergerschaft.de/service-learning/sozialgenial-praxisbeispiele

Infodienste abonnieren:

bürgeraktiv – Nachrichtendienst Bürgergesellschaft

mit Nachrichten aus Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Medien – regional, national, international

www.aktive-buergerschaft.de/buergeraktiv/#anmeldung

„wissenswert“ – der sozialgenial-Newsletter für die Service-Learning-Praxis in Deutschland

www.aktive-buergerschaft.de/service-learning/sozialgenial-praxisbeispiele/#abonnieren

Online vernetzen:

CampusAktiv – das Portal für Bürgerstiftungen zum Austauschen und weiterbilden

www.campusaktiv.de

Campus sozialgenial – das Portal für sozialgenial-Mitgliedschulen

www.campussozialgenial.de

Impressum

bürgerAktiv Magazin 2019

Online:
www.aktive-buergerschaft.de/buergeraktiv-magazin

Herausgeber:
Stiftung Aktive Bürgerschaft
Geschäftsstelle
Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin
Tel. 030 2400088-0, Fax -19
info@aktive-buergerschaft.de
www.aktive-buergerschaft.de

Geschäftsführer:
Dr. Stefan Nährlich, V.i.S.d.P.

Redaktion:
Gudrun Sonnenberg, Dr. Stefan Nährlich

Gestaltungskonzept:
Lothar Ruttner

Layout, Grafik und Anzeigengestaltung:
Ayşe Gökmenoğlu

Druck:
LASERLINE Druckzentrum Berlin KG

Auflage: 2.000
Das Magazin erscheint jährlich.
Erscheinungstermin dieser Ausgabe:
September 2019
ISSN 2567-5443

© 2019 Stiftung Aktive Bürgerschaft

Die Aktive Bürgerschaft in den sozialen Medien

www.facebook.com/aktive.buergerschaft

https://twitter.com/aktivebuerger

www.youtube.com/user/AktiveBuergerschaft

www.instagram.com/stiftungaktivebuergerschaft

Die Aktive Bürgerschaft online
www.aktive-buergerschaft.de

gutes besser tun

STIFTUNG AKTIVE BÜRGERSCHAFT

Herzlichen Dank an die Förderer der Stiftung Aktive Bürgerschaft!

ADG
Schwäbisch Hall – Auf diese Steine können Sie bauen
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR
DG VERLAG
DZ PRIVATBANK
DZ BANK
FIDUCIA GAD – ZUKUNFTSERFAHREN
MünchenerHyp
R+V
Team!Bank
Union Investment
VR Leasing Gruppe – Wir finanzieren, was Sie unternehmen.
DZ HYP

FORUM AKTIVE BÜRGERSCHAFT 2020

Zukunft und Zivilgesellschaft

11. März 2020, 11–16 Uhr | DZ BANK

am Brandenburger Tor, Pariser Platz 3, 10117 Berlin

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

STIFTUNG AKTIVE BÜRGERSCHAFT